

# WWL

was uns betrifft

Thema:

## Friedensmissionen

Im Blickpunkt:

## KDV und Zivildienst in den neuen Ländern

Was ist das bloß für eine schlappe Jugend!! Da bietet man ihnen die schönsten Einsatzorte in aller Welt und dann sowas!!!



Kontrovers:  
**Muß Fernsehen mit Gewalt unterhalten?**

# INTERN



Lieber Leser,  
liebe Leserin,

Stuttgart, 31.07.92

eine der häufigsten Anfragen, die wir in der Redaktion erhalten, lautet etwa: „Warum bringt wub nicht viel mehr Informationen über die **Rechte** der Zivis?“ **Recht** viele ZDL, so unser Eindruck aus der Fülle solcher Zuschriften, sind in dienstrechtlichen Fragen äußerst unsicher, fühlen sich übervorteilt, wissen nicht, an wen sie sich denn mit Fragen wenden könnten oder trauen den Informationen aus der Chefetage einfach nicht über den Weg. Manch einer zählt sich seit seinem 1. Dienstag zu den **Rechtlosen** und **Entrechteten**. Es fehlt an – zivildienstrechtlich vorgeschriebenen – Einführungslehrgängen, es fehlt an Vertrauensleuten, es fehlt ein unabhängiger, dem Parlament unterstellter Bundesbeauftragter für den Zivildienst (und es fehlt hie und da eben auch in den Einrichtungen an Beauftragten mit dem „**rechten Draht**“ zu den Jungs). **Rechtzeitig** und immer wieder haben

wir in wub derartige Mißstände aufgezeigt und Veränderungen angemahnt, genauso haben wir aber auch kontinuierlich versucht, mit Infos, Tips und Tricks zu helfen.

Seite 12, „Was unser **RECHT** betrifft“, ist die einzige Seite in jeder wub-Ausgabe, die sich ausschließlich an die **rechtschaffenen** Zivis im Dienst richtet. Und bisweilen sind unsere Hinweise sogar bares Geld wert; um bis zu 1 300 Mark geht's z. B. diesmal bei den Tips über bezuschußte

Weiterbildungsmaßnahmen für Zivis (z. B. ein Intensivkurs in **Recht**schreibung?). Aber allen, denen eine Seite wub-**Recht**stips einfach zu wenig ist, machen wir hier und heute folgendes Angebot:

- Alle bisher erschienenen **Recht**-Infos von Reinhard Becker (17 Seiten insgesamt, vom „Beschwerderecht“ bis zur „Verschwiegenheitspflicht“, vom „Sonderurlaub“ bis zur „Arbeitslosenhilfe“...)
  - einsortiert in einen praktischen Hefter
  - plus Inhaltsverzeichnis
  - plus treffende Karikaturen unseres Zeichners „Matz“
  - plus viel Platz für das bequeme Einordnen zukünftiger Ausgaben
  - plus Verpackung
  - plus Porto
- ... das alles zum absolut gerechtfertigten

Preis von **DM 5.– in Briefmarken**

ist ab sofort zu bestellen bei:

wub-Redaktion

Stichwort: Was unser Recht betrifft

Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1

Alles was **Recht** ist: Da muß man einfach zugreifen!

**Recht** herzliche Grüße Euer

*Werner Schulz*



# INHALT

SEITE 3 3

IM BLICKPUNKT 4

KDV und ZD in den neuen Ländern

PREISRÄTSEL 7

HINTERGRUND 8

Lügenkampagne für den Golfkrieg

KONTROVERS 10

Muß Fernsehen mit Gewaltgehalten?

RECHT 12

Berufsförderung, Weiterbildung im ZD

wub-THEMA: 13

FRIEDENSMISSIONEN

Deutsche Knobelbecher in alle Welt?

„Gewaltfreie Einsatzgruppen“

Interview mit Prof. Theodor Ebert

Training in Gewaltfreier Aktion

Peace Brigades-Internetratel

Kurt Marti: Das Gebet der Entwaffnung

SATIRE 21

Alle Dackel umsonst gebissen...

UNTERWEGS 22

„Parlament von unten“ in Strassburg

KULTURTIPS 24

Indonische Welten

INFO 26

EINSICHTEN 28

Die Zukunft des Militärs: „Rand- und Restgröße“

BRIEFE 29

RÜSTZEITEN 30

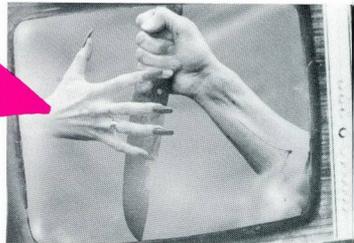
GEDANKEN 31

über „Otto Pankok: Jesus zerbricht das Gewehr“

wub-ART 32

Pablo Picasso: Der Frieden

Titel: Zeichnung von Gerhard Meiser / Montage: H. P. Sruk



**wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Ab.**

# IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDV und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1 / Redaktion: Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Günter Knebel, Bremen; Holger Gilhom, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Barbarossaplatz 4, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 24 46 96. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 10 11 55 60 15 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDV und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10.– Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 27. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse. / Satz und Druck: Windhueter, Scharndorf / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 48 000 / ISSN 0936-6520

## Fundstücken

### Friedensliebe

„Der deutsche Protestantismus hat in seiner Mehrheit die Wehrdienstverweigerung innerlich und äußerlich erst akzeptiert, nachdem Abermillionen Menschen in zwei Weltkriegen ihr Leben verloren hatten. Die Anerkennung der Militärsteuerverweigerung als einer respektablen Lebensform tätiger Friedensliebe sollte nach diesen Erfahrungen schneller erfolgen.“

(Prof. Dr. Manfred Josuttis, in: Evangelische Kommentare, Jan. 1992)

### Automarken

„Wenn Schulabsolventen wieder mehr Pflanzen als Automarken unterscheiden könnten, wäre das für das industriegesellschaftliche Verhältnis zur Natur von weitreichender Bedeutung.“

Prof. Klaus Michael Meyer-Abich, Prof. am Kulturwissenschaftlichen Institut des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen in Essen, über unsere „Mitwelt“, in: Die Zeit, Nr. 27.

## Nachlese

### wub berichtete...

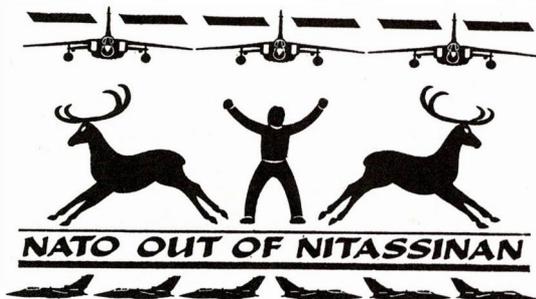
... in Nr. 4/91 („Unterwegs“) über den Protest der einzig noch intakten Jäger- und Sammlerkultur Kanadas, der „Innu“, gegen den täglichen Lärmterror der militärischen Tiefflüge in ihrem Siedlungsgebiet in Nitassinan/Labrador. Wie die kanadische Friedensgruppe „Act for disarmament“ jetzt mitteilte, soll trotz der anhaltenden Proteste die Anzahl der Tiefflüge von 7700 im vergangenen Jahr auf 8400 im Jahr 1992 erhöht werden. Ein nicht unerheblicher Anteil der Tiefflüge geht auf das Konto der deutschen Bundeswehr, deren Luftwaffe zusammen mit den Briten und den Holländern vom Stützpunkt 'Goose Bay' aus Übungen fliegt, teilweise bis zu 30 m tief.

### wub berichtete...

... in Nr. 2/92 über das Thema „Multikulturelle Gesellschaft“. Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat inzwischen eine Umfrage zum Begriff „multikulturelle Gesellschaft“ veröffentlicht: Danach können sich etwa die Hälfte alle Deutschen schon unter dem Begriff überhaupt nichts vorstellen, unter den West-BürgerInnen genau 46 %, unter den Ost-BürgerInnen 58 %. Am wenigsten sind über die multikulturelle Gesellschaft die CDU-AnhängerInnen aus Ostdeutschland informiert, nur 28 % dieser Gruppe wissen, was mit dem Ausdruck gemeint ist. Am meisten Unterstützung findet die Idee von der multikulturellen Gesellschaft mit 45 % bei den AnhängerInnen der Grünen/Bündnis 90, während insgesamt nur 23 % aller Befragten eine unterstützende Haltung angeben.

Plakat der kanadischen Friedensbewegung.

## SUPPORT THE INNU



Stop low-level flight testing  
over Nitassinan

## Zahlen

### „Brutstätte der Tyrannei“

5500 Tote und fast 10000 Invaliden habe es durch Gewalttätigkeiten in den Kasernen der ehemaligen Sowjet-Armee allein im Jahr 1991 gegeben. Diese Zahlen nannte der Leiter des beim russischen Präsidenten angegliederten „Komitees für Angelegenheiten der Truppen und ihrer Familien“, Anatoli Alexejew im April.

Insgesamt seien nach dem 2. Weltkrieg in der sowjetischen Armee 310000 Soldaten gewaltsam ums Leben gekommen, darunter auch die 14000 Soldaten, die im Afghankrieg gestorben sind. Anatoli Alexejew nannte die ehemaligen sowjetischen Streitkräfte eine „Brutstätte der Tyrannei“.

Nicht in der „Zwischenabrechnung“ enthalten: Die Kosten der zerbombten Städte, hier Bagdad. Foto: dpa



### Wie Sklaven

Etwa 5 Millionen Menschen leben in Indien heute praktisch wie Sklaven. Das berichtete die Zeitschrift „Weltmission“ in ihrer Juni-Ausgabe. Für viele Inder beginnt das Unglück der sog. „Schuldknechtschaft“ durch völlig normale Ereignisse: Eine Hochzeit etwa, für die das Geld nicht reicht und der Arbeitgeber um einen Vorschub gebeten wird. Die geschuldeten Beträge sind für unsere Begriffe zwar niedrig – teilweise unter 50 Mark – aber aufgrund der geringen Löhne und der hohen Zinsen sind Hunderttausende nie mehr in der Lage, ihre Schulden abzubezahlen. Stattdessen geraten sie in totale Abhängigkeit, gehören faktisch ihrem Arbeitgeber, bekommen keinen Lohn und dürfen sich nicht frei bewegen. Inzwischen haben sich in Indien Selbsthilfegruppen gebildet. Die Zeitschrift „Weltmission“ hat die Anschrift: Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13.

### „Zwischenabrechnung“

Eine „Endabrechnung“ der USA über die Kosten des Golfkrieges liege zwar noch nicht vor, aber in der im März vorgelegten „13. Zwischenabrechnung“ seien die bis dahin entstandenen Ausgaben mit 54 Mrd. US-Dollar angegeben. Dies teilte der Staatssekretär im Finanzministerium, Manfred Carstens, auf eine Bundestagsanfrage hin mit. Carstens rechnete außerdem damit, daß durch „Ausgaben für Rehabilitation und soziale Absicherung“ der Verwundeten US-Soldaten und für die noch nicht abgeschlossene Rückführung weitere 7 Mrd. US-Dollar zu veranschlagen seien. An den finanziellen Kosten des Golfkrieges, die den alliierten Streitkräften entstanden sind, beteiligte sich die Bundesregierung mit Zusagen in Höhe von 10,4 Mrd. DM.

### Waffengeschäfte

Der internationale Waffenhandel ist laut Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts Sipri 1991 um 25 % zurückgegangen. Dies sei v. a. auf den Zusammenbruch der UdSSR zurückzuführen, die nur noch ein Viertel ihrer Vorjahresraten exportierte. Dafür sei der Anteil der US-Waffenschmieden von 30 auf 50 % des Weltwaffenmarktes gestiegen. Auch die deutschen Rüstungsexporture haben sich hochgearbeitet: Von Platz 5 auf Platz 3 der größten Waffenhändler weltweit. Wie die „Zeit“ berichtete, seien es v. a. Waffen der NVA, die heute „wahllos verschertelt“ würden. Außerdem sei erkennbar, daß die Bundesregierung ihren Verpflichtungen aus dem Wiener Abrüstungsvertrag wo immer möglich dadurch nachkommen wolle, daß sie die Waffen nicht verschrotte, sondern exportiere, meist in Form von Geschenken, wie etwa an die Türkei.



Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in den neuen Ländern:

# Exotisch bis normal

Die Unterschiede waren riesig: Zwar gab es Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen hüben wie drüben, in der DDR und in der BRD, aber anders als die beliebten „Zivis“ im Westen hatten die „Bausoldaten“ im Osten bis zum Schluß keinen leichten Stand. Aber dann, mit der Wende, kam plötzlich das Wahlrecht zwischen Wehr- und Alternativdienst für die Wehrpflichtigen im Osten und ausgerechnet die DDR besaß nun das liberalste KDV-Recht in ganz Europa, viel großzügiger und gerechter als die Regelung in Westdeutschland. Lange allerdings hielt die Freude darüber nicht, die Einigung kam und die liberale KDV-Regelung verschwand. Die West-Norm gilt inzwischen für alle. Und die Unterschiede? Sie sind noch nicht ganz weg, sie sind feiner geworden, sagen die drei KDV- und Zivildienstprofis – zwei Ost, einer West – die wub nach den noch bestehenden Besonderheiten in den neuen Ländern gefragt hat.

W. Sch.

## KDV in Ostdeutschland

Von Detlef Harland \*

Um ein wenig die heutige Situation ostdeutscher Jugendlicher in Fragen der KDV verstehen zu können, müssen wir uns mit der Geschichte vertraut machen. In der DDR gab es bis zur Wende nur einen Erlaß über die Einrichtung von „Bausoldaten“-Einheiten. In der Regel wußten nur kirchlich engagierte Jugendliche, daß es die Möglichkeit gab, innerhalb der Nationalen Volksarmee (NVA) einen Dienst ohne Waffe zu leisten. Wer sich bei der Musterrung darauf berief, mußte sich oft Fragen gefallen lassen, wie: „Woher wissen Sie denn das mit dem Bausoldatendienst“, oder auch Schikane, indem z. B. eine Einberufung zur Truppe erfolgte und die Entscheidung für den Bausoldatendienst einfach nicht ernst genommen wurde. Für viele war jedoch auch der Dienst als „Bausoldat“ noch viel zu sehr militärisch geprägt, so daß sie aus Gewissensgründen bzw. aus tiefer Überzeugung heraus jeglichen Dienst ablehnten. Bis 1985 wurden diese sogenannten „Totalverweigerer“ kriminalisiert und in der Regel mit Gefängnis bestraft. Da die Situation gerade dieser Gruppe in den Gefängnissen sehr schwierig war, konnte die Kirchenleitung nach 1985 eine Veränderung erwirken, wonach „Totalverweigerer“ nicht mehr von der Einberufung bedroht wurden. Damit wurden sie auch nicht mehr kriminalisiert – und doch war für diese Männer in der DDR so gut wie nichts mehr möglich, vor allem fanden sie kaum noch Arbeit. Oftmals konnten auch die Kirchen keine Lösung bieten. (wub berichtete ausführlich in Nr. 4/92)

Totalverweigerer waren offiziell aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Besonders prekär war die Situation für junge Männer, die erst bei der „Fahne“ verweigerten. Wer schon den Eid auf die Fahne geleistet hatte, der wurde nicht nur kriminalisiert, er wurde auch in das berüchtigte Armeezuchthaus nach „Schweydt“ gebracht. Hierüber erfährt man auch heute noch so gut wie nichts. Vor dem Hintergrund dieser Geschichte wurde im Zuge der Wende, ab Dezember 1989, der Zivildienst als

alternativer Dienst entwickelt, den jeder Wehrpflichtige relativ problemlos wählen konnte. In der Regel war es so, daß im Zuge der Einberufung zur NVA die Erklärung abgegeben wurde, daß man den Armeedienst nicht mit seinen Überzeugungen in Einklang bringen könne. Wer dies erklärte, der wurde fast immer zum Zivildienst zugelassen. Im Zuge der deutschen Einigung wurde diese Verordnung dann nicht in den Einigungsvertrag übernommen. Westdeutsches Denken hat sich auch hier durchgesetzt und der relativ problemlose „Antrag auf Zivildienst“ ist unmöglich geworden.

Da aber liegt genau das Problem. Was ist Kriegsdienstverweigerung? Was ist nach Jahren der Gleichschaltung in der FDJ an kritischem Bewußtsein geblieben? Wie haben gerade christliche Überzeugungen auf die KDV-Antragssteller gewirkt und warum verweigern insgesamt zur Zeit erheblich weniger ostdeutsche als westdeutsche junge Männer? Warum ziehen einige, die zunächst einen Antrag auf Anerkennung als KDVer stellen, diesen Antrag wieder zurück, nachdem sie als Einberufene mehrere Wochen bei der Bundeswehr waren? Oder warum braucht der Ausschuß für KDV bei den Kreiswehersatzämtern heute so lange mit der Anerkennung, so daß fast immer zuerst die Einberufung zur Armee erfolgt?

Ich weiß nicht, ob ich auf alle Fragen Antwort geben kann. Ich denke aber, daß dies alles im Zusammenhang mit den Folgen der Wende gesehen werden muß. Zum einen ist oftmals in den Köpfen der jungen Männer noch die „DDR-Zivildienstregelung“ präsent, nach der man nach der Einberufung einfach sagen konnte, daß man den Militärdienst nicht leisten wolle, und schon war man zum Zivildienst zugelas-



Mai 1989: Mitglieder des „Freundeskreises der Wehrdienstverweigerer“ beim Aufstellen d...



## Anstiftung zur Gewaltlosigkeit

Herbst '89 in Magdeburg

Eine reich bebilderte Chronologie der gewaltfreien Revolution von unten bietet – am Beispiel Magdeburgs – der Band „Anstiftung zur Gewaltlosigkeit“. Impuls-Verlag, Magdeburg, 1991, ISBN 3-910 146-02-3

sen. Zum anderen müssen viele KDV-Antragssteller der Einberufung zur Bundeswehr folgen, weil sie nicht frühzeitig genug verweigert haben. Und in der Kaserne merken sie dann auf einmal, daß dieser Dienst mit ihren Vorstellungen von Armeedienst so gut wie nichts zu tun



# GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

75

1990	Berlin, den 28. Februar 1990	Teil I Nr. 10
Tag	Inhalt	Seite
21. 2. 90	Gesetz über Vereinigungen – Vereinigungsgesetz	75
20. 2. 90	Verordnung über den Zivildienst in der Deutschen Demokratischen Republik	70

Die Verordnung über den Zivildienst vom 28.02.90 (keine Gewissensprüfung, gleich lange Dienstzeiten von Wehr- und Zivildienst) blieb leider nicht lange in Kraft.

# Zivildienst in den „Neuen Bundesländern“ —

## Ein paar Beobachtungen und Bemerkungen

Von Klaus Jäger \*

„Wenn für den Zivi kein Nachfolger mehr kommt, sehen wir alt aus...“ Ein Leiter einer Diakonie-Sozialstation spricht aus, was mancher befürchtet. Zumindest in Teilbereichen der Sozialarbeit ist man auch hier schon auf die Zivis angewiesen. War diese Entwicklung wirklich nötig? Mobile soziale Hilfsdienste oder Essen auf Rädern – das ist hier noch neu, aber aufgebaut auf Grund des Zivildienstes... Warum können eigentlich keine realen Arbeitsplätze geschaffen werden?

„Wenn die Aufwandszuschüsse einmal nicht mehr gezahlt werden, können wir uns keinen Zivi mehr leisten...“ Auch diese Aussage ist oft zu hören. Der Hintergrund: Noch in den letzten Tagen der DDR konnten Zivildienstplätze ohne bürokratische Hürden eingerichtet werden, die Finanzierung erfolgte zu 100%. Einen Zivi bekam man also zum Nulltarif. Inzwischen muß eine Dienststelle schon zuzahlen, wenn auch noch nicht so viel, wie in den „alten Ländern“.

„... ordne ich Sie ab zum Einführungsdiens...“ Diesen Satz lesen immer mehr Zivis auf dem Papier des Bundesamtes. Einführungslehrgänge werden inzwischen auch hier veranstaltet, noch müssen viele Zivis aus dem Osten aber nach Karlsruhe oder Braunschweig fahren. Die Verwirrung ist immer groß, wenn vor der Postleitzahl vom Lehrgangsort ein „O“

steht – wo liegt denn Braunschweig im Osten? Auch fachliche Einführungslehrgänge werden zumindest von den Diakonischen Werken inzwischen durchgeführt.

„Gibt es Sonderurlaub für eine Rüstzeit?“ Erfreulich, wenn diese Frage gestellt wird. Leider viel zu selten, denn die Rüstzeitangebote werden nur spärlich genutzt. Liegt es wirklich nur an mangelnder Information?

„wub – nie gehört.“ Schade, aber anscheinend nicht zu ändern. Weil die Daten nicht vorhanden sind, bekommen Zivis im Osten wub noch nicht einfach zugeschickt. (Anm. d. Red.: Das hat sich inzwischen geändert, siehe Kasten)

### wub jetzt auch im Osten

Die deutsche Vereinigung, das haben nicht eben wenige kritisiert, ging in vielen Bereichen zu schnell und zu hektisch vor sich. wub darf sich von derartiger Kritik guten Gewissens ausgenommen fühlen, denn erst mit der vorliegenden Ausgabe wird unsere Zeitschrift auch an evang. Zivis im Osten verschickt. Die neuen Daten – wie alle übrigen auch – werden uns vom Bundesamt für den Zivildienst in Köln übermittelt. Aber dort sind natürlich nur diejenigen als evangelisch registriert, die das bei ihrer Einberufung auch angegeben haben. Anders als zu DDR-Zeiten kann die Angabe der Konfession bei der Einberufung inzwischen also handfeste Vorteile bringen, z. B. die kostenlosen wub-Hefte für die gesamte Zivildienstdauer. Wir würden uns freuen, wenn unsere LeserInnen diese Information an den „Zivi-Nachwuchs“ weitergeben würden. W. Sch.

hat: Nach 3 Tagen beim Bund stehen sie schon wieder zu Hause und haben „Wochenendfrei“. Sie merken, daß es „einfach ein Job“ ist, der da von ihnen verlangt wird, Dienstzeit 8-16 Uhr. Der NVA-Armeedienst, den sie kennengelernt haben im Lager der „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) und der oftmals der Hintergrund für ihre KDV-Entscheidung war, der sah so aus, daß man in der Regel ganze 6 mal in 18 Monaten Wochenendausgang bekam und im Normalfall sonst die Kaserne nicht verlassen durfte. Und wenn man raus durfte, dann nur in oliv, dem „Ehrenkleid“ des Soldaten. Es war eine hohe Auszeichnung dieses „Ehrenkleid“ tragen zu dürfen, daher wurde so gut wie nie der Befehl gegeben, der das Anziehen der Zivilkleidung erlaubte. Dies galt für die gesamte Zeit des Urlaubs, bzw. der Wochenenddienstbefreiung. Wer dagegen verstieß, der mußte mit erheblichen Disziplinarstrafen rechnen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich nun der Dienst bei der Bundeswehr für viele als „lauer Job“ dar, den man eben mal „abzieht“. Es sind gewiß nicht wenige, die aus Sorge um ihre weitere berufliche Entwicklung die Bundeswehr als Perspektive sehen, nicht weil sie das Militär für so besonders gut halten, oder weil sie die Bundeswehr für notwendig erachten, sondern ausschließlich aus dem Grund, weil man da vielleicht eine Perspektive in einer ansonsten trostlosen Zeit hat (Stellenmarkt zusammengebrochen, hohe Arbeitslosigkeit in weiten Teilen Ostdeutschlands, Pendlerleben...).

Trotz alledem sind es Tausende, die sehr bewußt den Dienst mit der Waffe ablehnen, und es gibt noch viel zu viele, die überhaupt nicht wissen, wie man den Antrag auf KDV stellt.

Sicherlich ist dies alles nur ein Ausschnitt aus dem Problemfeld „KDV in Ostdeutschland“. Ich würde mich freuen, wenn wir darüber Gespräche in Gang bringen könnten. Auch über schriftliche Reaktionen würde ich mich freuen. (Zuschriften über die wub-Redaktion in Stuttgart, Anshr. s. S. 2). Wer Interesse an einer Rüstzeit in Ostdeutschland bzw. speziell in Thüringen hat, der findet die Anschrift auf Seite 28 oder kann sich wenden an:

\* Detlef Harland, Beauftragter für KDV der Ev. Luth. Kirche in Thüringen, Hauptstraße 32, O-5211 Angelroda.



Ein beinahe „historisches“ Gruppenbild. Die Teilnehmer des ersten Einführungslehrganges der Diakonie für Zivis in der ehemaligen DDR.

Foto: J. Ripplinger

„Altenpflege – nichts für mich.“ Auch hier die Tendenz bei der Stellenbesetzung: An erster Stelle Autofahren, dann Hausmeister-tätigkeiten, zur Not noch Arbeit im Behindertenbereich. In Altenheimen aber bleiben die Zivildienststellen oft unbesetzt.

„Wer ist denn nun eigentlich für uns zuständig?“ Nach langwierigen Verhandlungen mit dem BAZ sind die ersten Verwaltungsstellen bei den Wohlfahrtsverbänden eingerichtet. Das hat einige Verwirrung ausgelöst – verständlich, denn innerhalb von gut 2 Jahren änderte sich laufend die Zuständigkeit: Erst das Arbeitsamt, dann die Zivildienstgruppen des BAZ, nun eigenständige Verwaltungsstellen (und Regionalbetreuer gibt es ja auch noch).

„Wann werden wir nun endlich als Zivildienststelle anerkannt?“ Diese Frage taucht täglich mehrmals in unserem Büro auf. Leider dauert das Anerkennungsverfahren unverhältnismäßig lang – das wird kompliziert, wenn schon Bewerber für die Stelle vor der Tür stehen. Früher war das einfacher, unbürokratischer, durchschaubarer.

**Preisfrage nebenbei:** Hat schon einmal jemand gezählt, wieviele Formulare für ein „Zivileben“ notwendig sind, vom Einberufungsvorschlag bis zur Entlassung, vielleicht noch mit 2 Sonderurlaubsanträgen, Anträge für Zahnersatz und vorzeitige Entlassung? Über die dazugehörigen Portokosten reden wir lieber nicht...

**Ein paar Zahlen:** In Thüringen und Sachsen-Anhalt gibt es z. Z. gut 700 anerkannte Zivildienstplätze in Kirche & Diakonie, davon sind ca. 400 besetzt. Relativ wenig Dienststellen können eine Unterkunft bieten, deshalb ist es nicht so einfach, wenn jemand aus den „alten Ländern“ hier seinen Zivildienst leisten will.

## Deutsch-Deutscher Zivildienst

### Die Mauer ist offen – auch für Zivis?

Von Peter Tobiasen \*

Zivildienst gibt es in ganz Deutschland und das Zivildienstgesetz gilt überall, im Osten wie im Westen gleichermaßen. Nur das Bundesamt für den Zivildienst scheint das noch nicht zu wissen. Noch immer werden die Dienstpflichtigen mit dem Merkblatt „Wichtige Hinweise für anerkannte Kriegsdienstverweigerer“ nach Ost und West getrennt informiert – ganz so, als ob es ein bißchen Eisernen Vorhang noch geben würde. Ost-Dienstpflichtige erhalten Anschriften für die östlichen Bundesländer, West-Dienstpflichtige ausschließlich für die westlichen Bundesländer. Das ist skandalös. Selbstverständlich kann jeder Dienstpflichtige – auch über die alte in-nerdeutsche Grenze hinweg – mit jeder Dienststelle vereinbaren, daß er dorthin einberufen oder dorthin versetzt wird, von Hamburg nach München ebenso wie von Dortmund nach Görlitz. Die fehlende Information für den jeweils anderen Teil Deutschlands kann im Bundesamt für den Zivildienst angefordert werden. Oder man bittet den örtlichen Bundestagsabgeordneten, hier zu helfen.

Zivildienst im Osten – teils immer noch etwas exotisch, aufgrund unserer Geschichte, aber teils auch schon Normalität. Und seit dem 3.10.1990 eben gesamtdeutsch, mit allem was dazu gehört, inklusive Mängel und Fehlentwicklungen – wir sind schließlich lernfähig...

Es dürfte langsam schwer fallen, zwischen West- und Ostzivis zu unterscheiden. Was hätte das auch für einen Sinn? ■

\* Klaus Jäger ist Referent für Zivildienst beim Diakonischen Werk der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen, Eisenach.

## Die KDV-Anerkennung ersetzt die Musterung?

Ein besonderes Problem sind die Musterungen der NVA und die daraus abgeleitete Dienstpflicht. Die NVA hat nach ganz anderen Kriterien gemustert als sie heute für den Zivildienst gelten. Unter vorgeschriebener Stasi-Beteiligung, ohne ordentlichen, schriftlichen Bescheid wurde festgestellt, ob jemand dienen muß oder nicht. Ob das ein „Verwaltungsakt“ ist, der dann laut Einigungsvertrag weitergelten müßte, ist juristisch umstritten. Das Ergebnis der NVA-Musterung wird aber vom Bundesamt ungeprüft übernommen. Es geht sogar noch weiter: Wer aus der DDR als anerkannter Kriegsdienstverweigerer übernommen wurde, gilt automatisch als tauglich gemustert (gefolgert aus dem westdeutschen Recht, nachdem nur der Taugliche überhaupt einen KDV-Antrag stellen kann).

Die Folge: Gar nicht Gemusterte, untauglich Gemusterte und nach den geltenden Richtlinien Untaugliche werden zum Zivildienst einberufen. Überprüft wird alles erst, wenn der Dienstpflichtige schon mehrere Monate Dienst geleistet hat.

Deshalb: Jeder, der zum Zivildienst einberufen werden soll, sollte vorher eine Tauglichkeitsuntersuchung verlangen (die Bundeswehr untersucht wegen Unzuverlässigkeit der NVA-Musterungen automatisch alle vor der beabsichtigten Einberufung noch einmal).

Wer gar nicht gemustert wurde, sollte einer Einberufung widersprechen. Die Musterung kann nicht nachgeholt und er kann nicht einberufen werden. Wer schon im Dienst ist, sollte auf die Auswertung der Einstellungsuntersuchung im ersten Monat des Dienstes bestehen (auch das ist für die Grundwehrdienstleistenden eine Selbstverständlichkeit).

## „Learning by doing“ gefährdet Menschenleben

„Die Dienstleistenden werden zu Beginn ihres Dienstes in Lehrgängen... unterrichtet und... eingeführt.“ So schreibt es das Zivildienstgesetz zwingend für jeden ZDL vor. Aber weniger als die Hälfte der Dienstpflichtigen können an einem solchen Lehrgang teilnehmen, weil das Bundesamt für den Zivildienst den gesetzlichen Auftrag nicht umsetzt. Besonders schlimm trifft das die Dienstleistenden, die in neu eingerichteten Zivildienststellen eingesetzt sind, weil dort oft niemand genau Bescheid weiß. Unerträglich ist dieser Zustand auch für jene Zivis, die unmittelbaren Dienst am Menschen zu leisten haben. „Learning by doing“ im Unfallrettungsdienst oder in der Altenpflege ist für die Unfall-opfer und die alten Menschen lebensgefährlich. Und außerdem: Berufsförderungszuschüsse, Sonderurlaub, Mietbeihilfe, usw., usw., das alles läßt sich leichter beantragen und einfordern, wenn man über seine Rechte in den Lehrgängen informiert wurde. Da der Lehrgang zwingend vorgeschrieben ist, kann ihn jeder Dienstpflichtige für sich einfordern. Wer sich bemüht, kommt auf einen solchen Einführungslehrgang.

\* Peter Tobiasen ist Geschäftsführer in der Zentralstelle f. Recht u. Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e. V. (Dammweg 20, 2800 Bremen 1, Tel. 0421 / 340025, Fax - 3479630).



Szenen vom 1. Diakonie-Lehrgang in Eisenach.

Foto: J. Ripplinger

Hauptstadt Korsikas		it. Zahl	Maler des Dadaismus	Waldvogel	Im Ruhestand (Abk.)		Psyche	elektr. Widerstand	①	Symbol f. Uran	Übung f. gewaltf. Aktion	Teil des Fußes
Gesetzgn. Gewalt in Medien			⑫				⑧					
Telefonat				⑩	Höhenzug b. Braunschweig					Segelkommando		
gesehen (engl.)					nord. Hirsch				nicht weit			
Rotlichtviertel		greisenhaft						Moment		Bote Gottes		Beweise vortragende Person
				Häufigkeit			⑤					
Strom in Sibirien									3/92	... und nimmer		
1. Frau Jakobs	Physikgenie + Pazifist	Männernamen								afrik. Antilope		⑥
										Vorname d. Deter		
Donauzufluß											⑬	Erbauer der Arche
												Kfz-Kz. München
												Märchenfigur (Mz.)
chem. Zchn. Selen			Fensterbrett	bestimmt TV-Programm (Mz.)		adliger Titel		röm. Gott d. Liebe				
geistige Folter		Tierkreiszeichen					⑯	3. Person	griech. Insel	Faultier		
												⑦
Gewürz		in dem		Gewürz aus Krokus								Windrichtung (Abk.)
												③
				röm. Zahl f. 100		in Ordnung (Abk.)		Symbol für Rhenium	griech. Göttin d. Künste			
Kfz-Kz. f. Göppingen	Seuche im MA		Stadt am Oberrhein	Filmgenre								gallertartige Masse
		Tintenfisch						Hardrockgruppe		tiefe Zu-neigung		feierl. Gedicht
Kz. f. Spanien		Passionspielort				Süßungsmittel	ital. Bejahung		Vorname Tolstois			
Funktion d. peacebrigades												⑨
Gebirgs-einschnitt				dt. Pazifist †1941						④	Papageienart	
Holzschmittkünstler (Otto)	Jugend mit greilem Outfit	Spielkarte	franz. Herzogtitel				Kz. f. Kuba		Teil des Hauses			Grundnahrungsmittel
Liebesbezeugung				⑪			Ribonukleinsäure (Abk.)	grob, roh				⑮
					lat. Erde					Flächenmaß		
Wertpapiere		Picassos Antikriegsbild										Formel für Kraft
				⑭			Teil d. Schuhs oder Pistole			②		



**Gesucht:  
Pazifistische Forderung**

Die Lösung des wub-Preisrätsels 2/92 lautete: „Bunte Republik Deutschland“

Die Gewinner der drei ersten Preise sind:  
Axel Papst, Leichlingen  
Hagen Meerwein, Tübingen  
Oliver Deutsch, Kleinblittersdorf

Alle GewinnerInnen werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen. Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir fürs Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen, Lösungssatz auf eine Postkarte schreiben und unter lesbarer Absenderangabe an:

wub-Redaktion – Werner Schulz  
Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1  
schicken.

Einsendeschluß ist der 15.10.1992 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

1. Preis: Ein super Werkzeugkoffer, Profi-Qualität
2. Preis: Das „Indianer Kochbuch“
3. Preis: Das Buch „Häuptling Büffelkind Langspeer“

(Die Preise 2 und 3 werden auf den Buchtitel-Seiten 24/25 in diesem Heft vorgestellt)

4.–10. Preis: je ein wub-Freiabo für ein Jahr.

11.–20. Preis: je einmal die ausgezeichnete Broschüre „Kriegsdienstverweigerung“, hg. von der Deutschen Jugendpresse (vorgestellt auf S. 27 in diesem Heft)

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

13	14	15	16	17
----	----	----	----	----

Beitr. wub:  
Anregung/Kritik/Lob:

# HINTERGRUND

## Lügenkampagne für den Krieg

**Wie man mit einer erfundenen Geschichte und PR-Methoden Stimmung für den Golfkrieg machte.**

Ein Bericht von Mathias Werth\*

Der 10. Oktober 1990 war für John Porter ein ganz besonderer Tag, ein Tag, wie er für ihn als Vizechef im Ausschuss für Menschenrechte des US-Kongresses nicht gerade häufig vorkommt. Doch nun war es gelungen, Augenzeugen zu präsentieren, die den irakischen Überfall auf Kuwait gut zwei Monate zuvor im August miterlebt hatten.

Die amerikanischen Bürger wußten damals von dem Überfall, aber sie wußten kaum, wo man Kuwait auf der Landkarte findet, gar nicht erst zu reden vom politischen System des Emir-Regimes. Das Öl, das kommt von dort – das wußten wohl einige. Der Wissensstand der gemeinen Bevölkerung lag nicht unwesentlich unter dem einiger Politiker.

### Die Augenzeugen

Und deshalb war wohl auch John Porter froh über die zu erwartenden Aussagen der Augenzeugen. Sein Ausschuss konnte so für die Politik-Kollegen unersetzliche Informationen liefern. Schließlich sollten die Politiker in kürze entscheiden, ob sie aus Solidarität mit dem überfallenen Kuwait Hunderttausende ihrer Soldaten in den Krieg mit Saddam Hussein schicken wollten.

Nach der Anhörung vor dem Menschenrechtsausschuß fiel die Entscheidung leichter. Die Greuelthaten der Iraker in Kuwait, über die alle Augenzeugen ausführlich berichtet hatten, waren für manche Zuhörer kaum zu glauben, so fürchterlich waren die Untaten.

Besonders beeindruckt war das Auditorium von einem kuwaitischen Flüchtling, einem Mädchen, gerade 15 Jahre alt, die sich schlicht mit dem Namen Nayirah vorgestellt hatte: Lange, dunkle Haare, ein zartes, fast noch kindliches Gesicht, große, schwarz-braune Augen, aus denen Tränen strömten, als sie sich vor dem Ausschuss an das erinnerte, was sie selbst erlebt hatte.

### Die Brutkasten-Geschichte

Ihre Stimme überschlug sich mehrmals während sie berichtete: „Ich sah die irakischen Soldaten. Sie kamen mit Gewehren ins Krankenhaus und haben die Babies aus den Brutkästen geholt. Die Brutkästen haben sie mitgenommen und die Babies auf dem kalten Boden sterben lassen. Es war entsetzlich.“



Die „Zeugin“ Nayirah al Sabah vor dem Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses.

Foto: M. Werth

Beim US-Menschenrechtsausschuß sind alle ergriffen von diesem Bericht über die wohl grausamste Tat der Saddam-Truppen in Kuwait. Nayirahs Bericht hat eine enorme Wirkung. Voller Entsetzen berichtet danach Präsident Bush wiederholt darüber, so auch vor amerikanischen Soldaten: „Die Babies wurden aus den Brutkästen gezogen und wie Feuerholz auf dem Boden verstreut.“

Vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen werden außerdem Fotos gezeigt, auf denen Massengräber für ermordete Babies in Kuwait zu sehen sind. Bilder, die beweisen: Saddam Hussein wütet wie ein neuer Hitler und seine Soldaten sind feige Kinderschlächter. Vor dem Sicherheitsrat berichtet darüber auch ein weiterer Augenzeuge, ein kuwaitischer Chirurg mit Namen Dr. Ibrahim. Er sagt: „Die Babies zu begraben, das war am schlimmsten. Ich selbst habe vierzig Neugeborene beerdigt, die von Soldaten aus den Brutkästen geholt worden waren.“

### Die Abstimmung

In einer Abstimmung zwei Tage später entscheidet sich der UN-Sicherheitsrat, militärische Gewalt gegen den Irak zuzulassen, nachdem auch Amnesty International über die grausame Brutkastengeschichte und über insgesamt 312 gestorbene Babies berichtet hatte.

Währenddessen diskutiert der US-Kongreß, ob es Krieg geben soll. Auch hier argumentieren die Politiker mit der Nayirah-Geschichte: „Jetzt ist die Zeit gekommen“, so ein Abgeordneter während der Debatte, „die Aggression dieses gnadenlosen Diktators aufzuhalten, dessen Truppen schwangere Frauen aufspießen und Babies aus den Brutkästen reißen.“ Unter diesem Eindruck stimmt der Kongreß mit knapper Mehrheit schließlich für den Krieg.

Die Berichte über Greuelthaten, vor allem in den Krankenhäusern, machen auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) aufmerksam. Die WHO schickt deshalb Dr. David Chiu, einen Ingenieur der Bio-Medizin, nach Kuwait. Dort soll er die Verwüstungen begutachten. Dr. Chiu besucht alle Operationsräume und die Kreißsäle. Sein überraschendes Ergebnis: Die ganze Brutkastengeschichte ist eine Propagandalüge.

### Die Überraschung

Dr. Chiu berichtet: „Ich fühlte mich belogen. Ich war besonders überrascht, die vielen Brutkästen zu sehen. Ich fragte unseren Begleiter, was denn passiert sei und ob die Geschichte, die man uns erzählt hat, stimme? Er sagte, es sei kein einziger Brutkasten weggenommen worden, die Geschichte habe nie stattgefunden.“

Die angeblich demontierten Brutkästen waren noch da. Es fehlten lediglich Zahnarztstühle.

Auch das amerikanische Middle-East-Watch, ein renommiertes und unabhängiges Menschenrechts-Institut in den USA, forschte der Brutkastengeschichte nach. Das Institut fand heraus: Auch die zuständigen Ärzte in den kuwaitischen Krankenhäusern antworteten auf die Frage, ob die Iraker die Babies aus den Brutkästen gerissen hätten, immer wieder eindeutig, die Geschichte sei erfunden, reine Propaganda, und habe sich nie ereignet.

Nun korrigierte sich auch Amnesty International. Ihr Sprecher Sean Stiles von der Londoner Zentrale sagt heute: „Wir haben selbst mit mehr als einem Dutzend Doktoren aus verschiedenen Nationen gesprochen, die genau zu der Zeit in Kuwait gewesen sind. Und sie konnten diese Geschichte nicht bestätigen. Es ist uns klar geworden, daß diese Tat ausgeschlossen war.“

Aber wie konnte diese kuwaitische Lügengeschichte um die Brutkästen eine solche Verbreitung finden und so eine Entscheidung für einen Krieg beeinflussen?

Bei der Suche nach einer Antwort stießen wir auf eine PR-Firma im New Yorker Stadtteil Manhattan: die Firma Hill & Knowlton, die hier ihren Sitz hat. Hill & Knowlton ist das größte amerikanische PR-Unternehmen und betreibt als solches professionelle Meinungsmanipulation, hauptsächlich für schöne Konsumgüter wie zum Beispiel Pepsi-Cola.

Im Auftrag Kuwaits organisierte Hill & Knowlton eine Werbekampagne für die bedingungslose Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung zur militärischen Befreiung Kuwaits. Kostenpunkt: mehr als zehn Millionen US-Dollar. Dafür benutzte Hill & Knowlton Methoden, die sich schon bei der Pepsi-Cola-Werbung bewährt hatten.

Mit Hilfe eines Computers wurde registriert, auf welche Ereignisse Testpersonen positiv oder negativ reagieren. Für die Kuwaitis war dabei der Werbefachmann Dee Alsop aktiv. Er erklärt: „Wir geben jeder Person einen kleinen Sender, etwa handtellergroß, mit dem sie zeigen kann, ob sie auf das gezeigte Ereignis mit Gefallen oder mit Unmut reagiert. Und die Grafik zeigt uns dann auf dem Computerbildschirm an, ob die Amerikaner dem, was zum Beispiel der Präsident sagt, zustimmen oder auch nicht.“

Die Kuwaitis wollten herausfinden, wovor die Amerikaner die meiste Abscheu haben. Ergebnis: Baby-Mord. So entstand offenbar die Brutkastengeschichte.

## Die Emotion

Über seinen Auftrag berichtete Dee Alsop: „Das Ziel unserer Bemühungen war die Frage, wie kann ich die Leute emotional so weit bringen, daß sie die Vorhaben der UN unterstützen und die Iraker hinauswerfen? Und die Emotion, die das schaffen könnte, war die Gewißheit darüber, daß Saddam Hussein ein Verrückter sei, der gegen die eigenen Leute vorgeht und genügend Aggressivität hat, noch mehr Schaden anzurichten.“

Ein freies Kuwait für zehn Millionen Dollar. So sollte möglichst die gesamte öffentliche Meinung von Amerika für die Befreiung Kuwaits gewonnen werden. Hill & Knowlton trümmte deshalb auch sogenannte Augenzeugen für öffentliche Auftritte. Thomas Ross, der Vize-Präsident von Hill & Knowlton, bestätigte: „Wir halfen den Zeugen bei der Übersetzung, und wir halfen ihnen bei den Tests für ihre Auftritte als Zeugen. Und wir haben Musterfragen geübt, die hätten gefragt werden können.“

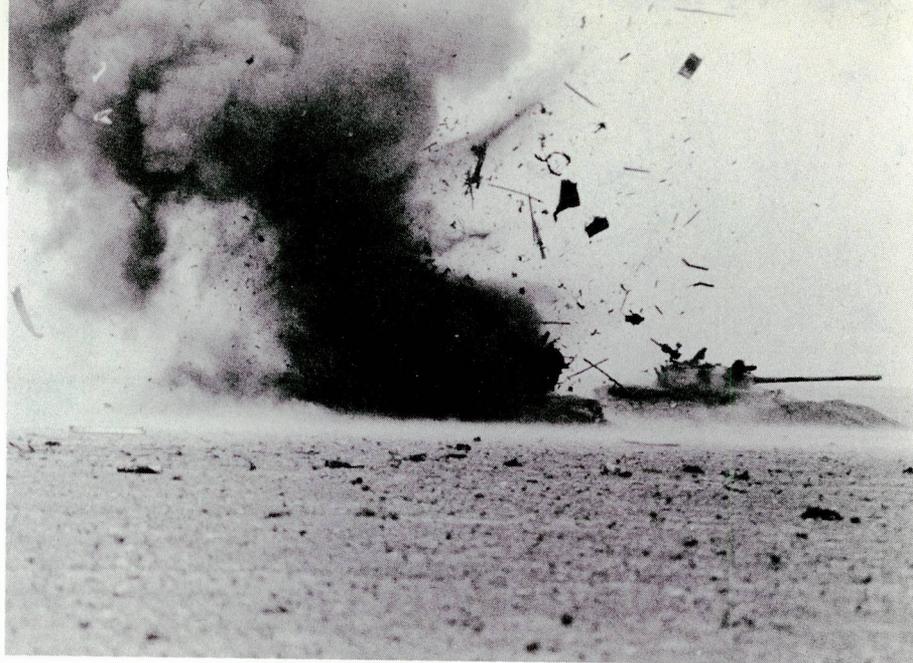
Hill & Knowlton hatte auch Nayirah, die angebliche Augenzeugin für die Brutkastengeschichte, für ihre öffentlichen Auftritte fit gemacht. Wohl hatte Hill & Knowlton die Brutkastengeschichte kaum selbst erfunden, aber ohne die PR-Profis hätten von dieser Lügengeschichte nur wenige Notiz genommen.

Während die perfekt geschulte Nayirah ihren ergreifenden Bericht vor dem Menschenrechtsausschuß hielt, saß einige Reihen hinter ihr ein scheinbar neutraler Zuhörer. Es war in Wahrheit ihr Vater, Nasir Al Sabah, Botschafter Kuwaits in den USA. Kaum jemand wußte, daß Nayirah die Tochter des Botschafters war. Auch Ausschußmitglieder hielten sie für ein einfaches Flüchtlingskind. Doch sie gehört zur königlichen Familie des kuwaitischen Herrschers, des Emirs Jabir Al Sabah.

John Porter, der Vizechef im Ausschuß, hatte ebenfalls keine Ahnung von Nayirahs wahrer Identität. Sonst wäre er über diesen Tag nicht so froh gewesen.

Es hatte übrigens noch ein anderer Augenzeuge gelogen. Und zwar der angebliche Chirurg Dr. Ibrahim, der vor dem UN-Sicherheitsrat berichtet hatte. In Wirklichkeit ist er Zahnarzt und heißt Behbehani. Nach dem Krieg widerrief er seine Brutkastengeschichte. Doch da war schon alles entschieden. ■

\* Mathias Werth ist Fernsehredakteur des WDR-Nachrichtenmagazines „Monitor“. Wir danken der Redaktion der Zeitschrift „Frieden“ (ehem. „Mediatus“) für die freundlich erteilte Nachdruckgenehmigung.



## Bilder vom Golfkrieg

Oben: Alliierte Truppen treffen einen irakischen Panzer (24.2.91)

Mitte: Eine Gruppe irakischer Kriegsgefangener – mit weißer Fahne – wird von einem alliierten Soldaten bewacht. (28.2.91)

Unten: Ein irakischer Junge sammelt Lebensmittel auf, die ihm US-Soldaten hingenommen haben. Seit dem Embargo hungern große Teile der irakischen Bevölkerung. (25.3.91).

Fotos: dpa

# Muß Fernsehen mit Gewalt unterhalten

4 000 Fernsehleichen pflastern Woche für Woche die deutschen Mattscheiben, das haben Medienforscher ausgerechnet, die sich je eine Woche lang sämtliche deutschen Fernsehprogramme anschauten. 500 Morde und alles in allem 28 Stunden körperliche Gewalt. Muß es auf den Bildschirmen so blutrünstig zugehen? Muß Fernsehen mit Gewalt unterhalten?

Am brutalsten – so ein weiteres Ergebnis der Forschung – geht es offenbar ausgerechnet im Vorabendprogramm zu, zwischen 18 und 20 Uhr, also dann, wenn die meisten Kinder vor dem Fernseher sitzen.

Gehen die gezeigten Gewaltszenen an den Kindern und Jugendlichen spurlos vorüber? muß hat nachgefragt, beim ZDF, bei RTL plus, und auch eine Medienwissenschaftlerin um ihre Einschätzung gebeten.

Kontrovers

**Nein** – „Da wird Gewalt gerechtfertigt und verharmlost“

Von Petra Best \*

Bei der Frage, ob das Fernsehen mit Gewalt unterhalten muß, finde ich es wichtig, deutlich zu unterscheiden zwischen dem, was das Fernsehen uns an Gewalt bietet, und dem, was die Zuschauer mit dem Angebot machen. Fernsehhalte allein machen Kinder und Jugendliche weder aggressiv noch kriminell. Wenn das Fernsehen wirkt, dann nur verstärkend auf das, was bereits bei jedem einzelnen an Alltagserfahrung vorhanden ist. Damit z. B. ein Kind durch das Fernsehen aggressiv wird, müssen noch eine Reihe anderer Bedingungen in seinem Alltag gegeben sein, auf die Fernsehhalte dann verstärkend Einfluß haben können: etwa ein 'Vater', der sich mit Prügelein durchsetzt, eine Clique, in der 'Zuhauen können' Anerkennung verschafft, eine Spielumgebung, in der außer Beton und 'Rasen betreten verboten' nichts geboten ist, usw. Das alles können Bedingungen sein, die dazu erheblich beitragen, daß Kinder und Jugendliche aggressiv und kriminell werden. Damit sind freilich die Programmleute aus ihrer Verantwortung gegenüber ihren Zuschauern nicht entbunden.

Tatsache ist, daß seit einigen Jahren eine beständige Reduzierung des Niveaus in den Unterhaltungsprogrammen des Fernsehens festzustellen ist. Einige der privaten Sender sind daran beträchtlich beteiligt, vor allem mit erheblichen Gewaltdarstellungen in Serien und Spielfilmen. Diese Entwicklung bedeutet auch, daß z. B. Kinder in ihrem täglichen Fernsehkonsum einigem begegnen, was nicht für sie gedacht ist und vielem, was sie nicht verkraften können. Das ist vor allem am Wochenende der Fall, da sie gerade dann auch später am Abend mit ihren Familien vor dem Fernseher sitzen.

Verantwortungsvoll Unterhaltungsprogramme zu machen heißt deshalb, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Zu überlegen wäre zum Beispiel, ob es überhaupt notwendig ist, Filme zu senden, in denen Gewaltdarstellungen den Hauptanteil der Unterhaltung ausmachen. Dabei denke ich u. a. auch an Serien und Spielfilme, die zwar als 'harmlos' eingestuft werden, Kinder jedoch ob-

erer Realitätsnähe ängstigen, wie es beispielsweise in den Krimiserien 'Derrick' oder 'Tatort' der Fall ist. „Da werden die Leute immer ermordet“, so beschreiben Kinder das, was für die meisten der Erwachsenen harmlose Unterhaltung ist.

## Die 'saubere' Gewalt

Geht es um Gewalt in Unterhaltungsprogrammen, so ist mir aber noch ein anderer Aspekt sehr wichtig: Warum und wie findet Gewalt statt? Das betrifft in erster Linie alle Action- und Zeichentricksendungen, in denen körperliche Gewalt als das einzige und notwendige Konfliktlösungsmittel dargestellt wird. Ob das 'A-Team' mit Maschinengewehren eingreift, wenn irgendwo Krach ist, oder ob 'He-Man' mit seinem Schwert 'Skeletor' besiegt, ist dabei gleich. Gemeinsam ist nämlich all diesen Unterhaltungsangeboten, daß gemäß dem einfachen Gut-Böse-Schema die Anwendung von körperlicher Gewalt als die einzige Möglichkeit erklärt wird, mit der Konflikte bereinigt werden können. Die 'Bösen' sind eben selber schuld, wenn sie etwas auf die Nase bekommen. Die Gewalt wird in solchen Filmen jedoch nicht nur gerechtfertigt, sie wird auch verharmlost, denn sie richtet bei den Filmfiguren ja keine weiteren Schäden an. Ernsthaftige Folgen, wie z. B. Tote oder Verletzte gibt es nicht. Und so sind 'Skeletor' und seine Gehilfen auch in der nächsten Runde wieder dabei, egal ob ihnen beim Kampf mit 'He-Man' ganze Berge auf den Kopf gefallen sind, oder Laserstrahlen sie mehr oder weniger aufgelöst haben.

Die Anwendung von Gewalt wird als spannend und mitunter komisch dargestellt, in jedem Fall aber als 'sauber' und als ohne Spuren hinterlassend.

Und auch das gehört dazu: Männer, die körperliche Gewalt anwenden, sind durchsetzungsstark, siegreich, souverän, strahlend und jeder Situation gewachsen. Wehe den Männern, die so etwas wie Angst zeigen, Gewalt verabscheuen und die nicht jede noch so gefährliche Situation perfekt meistern können. Sie werden in diesen Unterhaltungsprogrammen nie die „guten Helden“ sein. Entsprechend vereinfacht sind auch all die Bösewichter dargestellt, gegen die sich 'Mann' siegreich durchsetzen muß.

Meiner Meinung nach ist gerade hier das Verantwortungsgefühl der Programmleute besonders gefordert.



## Die Verantwortung der Programmanbieter

Wenn Gewalt Kindern und Jugendlichen als ein normales Konfliktlösungsmuster dargeboten wird, d. h., daß Gewalt rechtmäßig angewendet werden darf, wenn sie im Dienst einer 'guten' Sache zum Erfolg führt, so kann das seine Wirkung bei ihnen hinterlassen. Gerade aber wegen der Kinder und Jugendlichen, die aufgrund ihres eigenen Alltagserlebens Konfliktlösungen nur in dieser Form erfahren und auch nicht die Möglichkeit bekommen, im Umgang mit Gewalt eine kritische Sichtweise zu erlernen, haben Programmverantwortliche umso mehr die Aufgabe, mit ihren Unterhaltungsprogrammen positiv dagegen zu steuern. Statt Weltbilder anzubieten, in denen die Anwendung von körperlicher Gewalt legitimiert wird, könnte das Unterhaltungsfernsehen z. B. Sendungen ausstrahlen, die andere Konfliktlösungsmöglichkeiten aufzeigen.

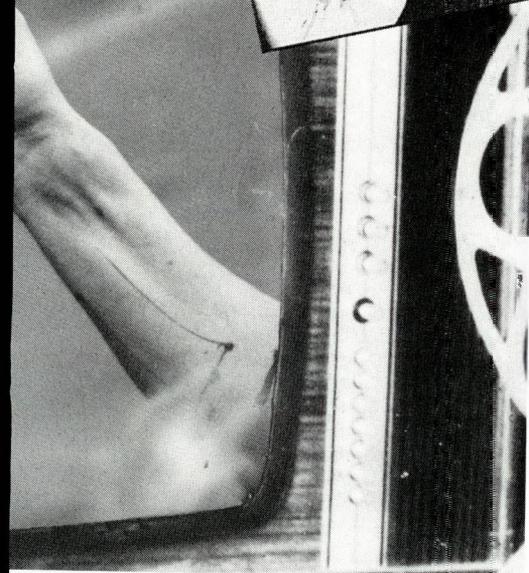
Es ist selbstverständlich, daß Gewalt als solche nicht aus dem Unterhaltungsprogramm verschwinden kann, denn sie ist nun einmal Bestandteil unserer eigenen Wirklichkeit. An dieser Wirklichkeit orientiert sich das Fernsehen.

Im Unterhaltungsfernsehen Gewalt zu thematisieren, hieße dann aber auch, Gewalt so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit ist. Gerade körperliche Gewalt ist nichts Schönes und hat immer Folgen, wie z. B. Verletzungen oder gar den Tod, und Opfer, die leiden. Solche Gewalt in Unterhaltungsprogrammen zu zeigen, hieße deshalb für mich, sie nicht durch Klischees und Stereotypen zu verharmlosen.

Die Programmanbieter, und damit meine ich sowohl die privaten als auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten, können ein Stück dazu beitragen, daß Kinder und Jugendliche lernen, mit Gewalt sensibler umzugehen und ihre eigenen Gefühle und Sichtweisen dazu entwickeln. ■

\* Petra Best ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsanstalt des Instituts Jugend, Film, Fernsehen, München.

ten?



Ein Blick ins TV-Programm

## Ja – „Es sind andere Faktoren, die die Menschen verrohen lassen.“

Von Dieter Czaja \*

Der Kinderpsychologe Bruno Bettelheim hatte im Blick auf die Geschichte der Medienkritik gesagt, daß „jede neue Form der Massenunterhaltung mit großem Argwohn betrachtet wird, bis man sich nach einiger Zeit daran gewöhnt hat.“ Eine seiner Kernthesen ist, daß endlich mit dem Postulat aufgehört werden müsse, Kinder seien an sich lieb und gut, sie werden nur verdorben. „Kinder tragen zornige, gewalttätige, zerstörerische, ja sogar sexuelle Phantasien in sich.“ „Viele Kinder brauchen aggressive Phantasien“, weshalb das Fernsehen ein „wirklich ideales Medium“ sei, „da es dem Kind gestattet, unverzüglich aus der Phantasiewelt in die Wirklichkeit zurückzukehren und umgekehrt.“

Weder durch seriöse Forschung noch durch die tägliche Fernsehpraxis lassen sich so pauschale Verallgemeinerungen wie „Gewalt in den Medien stachelt Jugendliche zur Brutalität auf“ belegen. Ist es nicht eher ein Leben zwischen familiären Konflikten, Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot?

Wie sollten wir Fernsehmacher mit dem Thema Gewalt umgehen? Ich meine, daß in Filmen und Serien wichtige, Menschen bewegende Themen wahrhaftig reflektiert werden sollten. Konflikte und damit verbundene Gewalt sind aus der Geschichte und dem heutigen Leben leider nicht wegzudenken. Wesentlich ist, daß Gründe für Gewaltszenen plausibel dargestellt werden und Gewalt nicht völlig grundlos, selbstzweckhaft eingesetzt wird, nur um unterhaltend zu sein. Die Wirkung von Gewaltdarstellungen hängt wesentlich von deren Präsentation und dem inhaltlichen Kontext ab. Darstellungen, die Gewalt verharmlosen oder als alleiniges Mittel der Konfliktlösung kritikfrei zeigen, sind zu problematisieren.

Wir bei RTL plus prüfen unsere Spielfilme und Serien vor der Ausstrahlung und legen danach auf der Grundlage unserer Einschätzungen und der medienrechtlichen Rahmenbedingungen (Rundfunkstaatsvertrag mit Jugendschutzrichtlinien) die geeignete Sendezeit fest.

Wenn wir über Gewalt im Fernsehen nachdenken, sollten wir auch die Erfahrungen im Ausland mit einbeziehen.

In ehemals sozialistischen Staaten, wie in der GUS oder in Jugoslawien, geschehen täglich die abscheulichsten Gewalttaten, begangen von jungen Männern, die ein zensurfreies Fernsehen wie in der Bundesrepublik nie kennengelernt haben. Im sowjetischen Fernsehen wurde Gewalt in der Gesellschaft, in der Familie etc. immer ausgegrenzt, tabuisiert. Oder ein anderes, gegenteiliges Beispiel: In Japan – einer sehr friedlichen Gesellschaft – waren Film und Fernsehen immer sehr gewaltlastig.

Es sind offensichtlich andere Faktoren, die die Menschen verrohen lassen. Zur Überwindung dieser Faktoren – zum Beispiel sozialer und religiöser Konflikte – sollten wir alles Menschenmögliche tun.

\* **Dieter Czaja** ist Mitarbeiter der Filmredaktion von RTL plus.

## Ja – „Keine Harmonie vorgaukeln, die es so nicht gibt.“

Von Oswald Ring \*

Die Gewalt ist ein Faktor in unserer Gesellschaft – ob wir es wollen oder nicht. In den journalistischen Programmen einer Fernsehanstalt wird deshalb immer etwas von dieser Gewalt aufscheinen müssen. Nachrichtensendungen beispielsweise müssen von Bürgerkriegen und dergleichen handeln – das gebietet unsere Chronistenpflicht.

Die Frage ist, ob man der teilweise grausamen Realität Unterhaltungsprogramme entgegenstellen soll, die jedwede Gewalt meiden.

Im großen und ganzen sind die Unterhaltungsendungen des ZDF Programme ohne jede Gewalt, das gilt für alle Shows und eine Vielzahl unserer Serien. Die einzige Ausnahme bildet hierbei das Genre des Krimis. Der Krimi ist nicht wegzudenken aus einem Fernsehprogramm. Die Zuschauer bevorzugen, wie die Einschalterfolge von „Derrick“, „Der Alte“, „Ein Fall für zwei“ und „SOKO“ zeigen, dieses Genre wie kaum ein anderes.

Zwar geschehen in diesen Serien auch Gewaltverbrechen, aber nirgendwo wird das Quälen oder Töten eines Opfers breit dargestellt. Unsere Grundregel lautet: Gewalt in Kriminalfilmen darf niemals in spekulativer Art und Weise zelebriert werden. Ich bin überzeugt, dies ist einer der Punkte, wo sich das ZDF sehr deutlich von einigen privaten Programmanbietern unterscheidet.

Man kann auch in der Fernsehunterhaltung die Gewalt als Faktor des menschlichen Lebens nicht gänzlich aussparen. Einem solchen Programm würde es nicht nur an Spannung fehlen, sondern es würde eine Harmonie vorgaukeln, die es so nicht gibt.

Neben den eigenproduzierten Krimis stellt sich das Problem der Gewalt in Unterhaltungsprogrammen auch bei der Auswahl unserer Spielfilme, unter denen natürlich z. B. auch Western und Actionfilme sind. Hier halten wir uns zum einen sehr penibel an die Bestimmungen des Jugendschutzes, kein Film „frei ab 16“ darf vor 22.00 Uhr, kein Film „frei ab 18“ vor 23.00 Uhr gesendet werden. Darüber hinaus gibt es etliche Streifen, die wir zwar nach 23.00 Uhr senden dürften, aber dennoch nicht ausstrahlen, weil sie unseren Qualitätsstandards widersprechen. Mit anderen Worten: Wir zeigen weniger, als wir dürften.

Last but not least möchte ich auf das sensibelste aller Programmfelder, das Kinderprogramm verweisen. Den Zeichentrickmonstern, die schießend und schlagend das Kinderprogramm etlicher Sender im In- und Ausland beherrschen, wird man im ZDF nicht begegnen.

Die freiwillige Selbstkontrolle in Sachen Gewalt ist beim ZDF sehr ausgeprägt.

\* **Oswald Ring** ist Programmdirektor des ZDF in Mainz.



Kinder vor dem Fernseher. Welche Wirkungen kann die Fernsehgewalt auf sie haben?

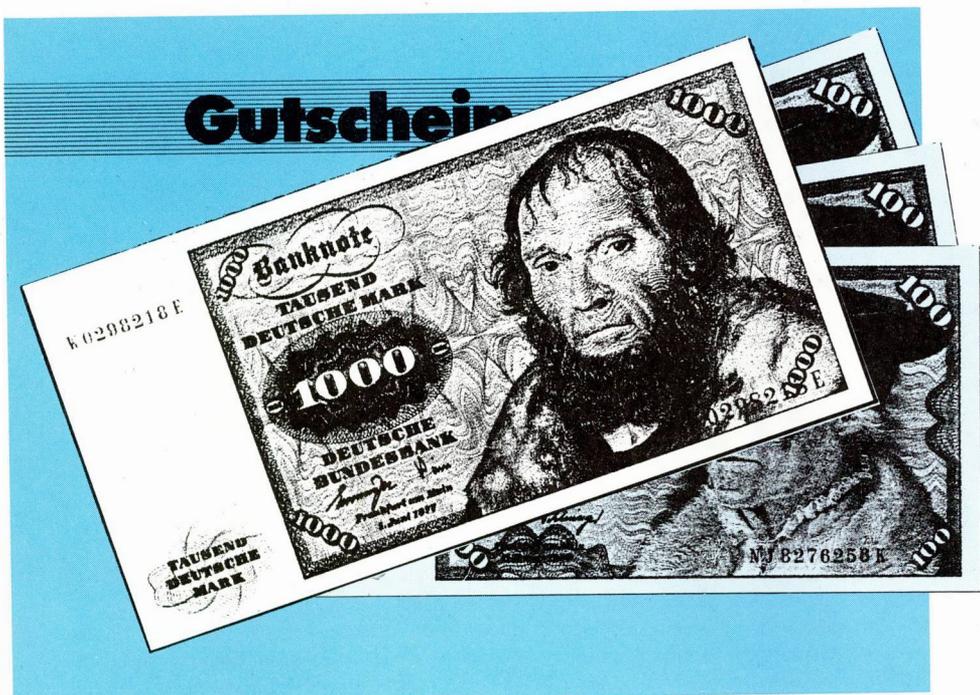
Foto: A. Emmerling/factum

Vom Geheimtip zur Normalität?

## Berufsförderung, Weiterbildung im Zivildienst

Wann, wo und für wen gibt's den „1300-Mark-Gutschein“?

Von Günter Knebel



### I. Wunsch

„Jeder Zivildienstleistende wird zu Beginn seines Dienstes auf die Weiterbildung und die Möglichkeiten der Beantragung von Zuschüssen für Maßnahmen hingewiesen.“

Ist dieses Zitat eine neue Forderung der Selbstorganisation der ZDL? Keineswegs: Diese Aussage verlaublichste das Bundesministerium für Jugend und Familie (AZ: 231-77 497) am 1. April (!) 1992. In der Stellungnahme wird die „seit Jahren stetig steigende Zahl der Anträge auf Berufsförderung“ für 1991 mit 6 165 angegeben, was 7,8 % der im Jahresdurchschnitt dienenden Zivildienstleistenden gewesen seien. Diese Zahl belegt andererseits, daß 92,2 % der im Dienst befindlichen ZDL keine Berufsförderungsmaßnahmen in Anspruch genommen haben. Warum wohl nicht? Sind die ZDL so wenig an Weiterbildungsangeboten interessiert, oder sollte die Information über diese Möglichkeiten doch nicht so allgemein verbreitet sein, wie ministeriell behauptet?

Die Bereitschaft, Weiterbildungsangebote anzunehmen, ist bei Grundwehr- und Zivildienstleistenden sehr beachtlich, das hat ein regionales Beispiel gezeigt:

An der Universität Oldenburg wurde 1990/91 ein Projekt durchgeführt (unter dem einprägsamen Titel: „Ausschöpfung aller vorhandenen Möglichkeiten der Weiterbildung und des Fernstudiums für Grundwehr- und Zivildienstleistende mit Fachhochschul- und Hochschulzugangsberechtigung“).

Das Interessante an der Geschichte: Fast die Hälfte derjenigen, die über dieses Projekt informiert wurden, haben das Angebot auch angenommen. Von staatlicher Seite waren hier wegen des Wehrdienstleistendenanteils sowohl der politische Wille als auch die dazu nötigen Mittel vorhanden, ein „optimiertes“ Projekt zeitlich befristet durchzuführen. Seit April '92 ist dessen spezielle Förderung eingestellt. Das eingangs angeführte Zitat trifft seitdem nicht einmal mehr für diese Region zu. Es bleibt behördliche Wunschenken – sofern es denn Wünsche in diese Richtung überhaupt gibt, woran begründete Zweifel bestehen. Es scheint vielmehr politisch gewollt, daß die Zivis auch unter diesem Aspekt gegenüber den Grundwehrdienstleistenden gezielt benachteiligt werden. Es gibt Zahlen, die das belegen. Und von einer offensiven Information der Behörden oder Dienststellen über Weiterbildungs- und Zuschußmöglichkeiten kann bisher keine Rede sein: Wer zu Beginn oder während seines Zivildienstes offiziell auf die Weiterbildungsangebote aufmerksam gemacht wird, der hat großes Glück. Daß der Zivildienst – analog zum Grundwehrdienst – durch gezielte Angebote zur Weiterbildung (z. B. Führerscheinwerb, Ausbildungs- und Studienangebote, Praktika, berufliche (Teil-)Qualifizierung) – geradezu einlandend werden könnte, das wird solange offiziell blockiert, wie der notwendige Eintrittsschein, der KDV-Anerkennungsbescheid, politisch unerwünscht ist.

### II. ... und Wirklichkeit

Nach der – leider nötigen – Kritik, hier einige Hinweise auf die rechtliche Sachlage: Ein „Recht auf Weiterbildung“ während des Zivildienstes, das die Nachteile der staatlichen Zwangsverpflichtung lindern und zugleich die gesellschaftlich so nötige Bereitschaft zur Weiterbildung wecken könnte, gibt es **nicht**. Zuviel Bildung scheint gefährlich und finanziell riskant. Dennoch gilt:

„Zivildienstleistende sollen während ihrer Zivildienstzeit die Möglichkeit erhalten, an allgemeinberuflichen und fachberuflichen Maßnahmen zur Bildung, Ausbildung und Weiterbildung teilzunehmen. Die Beschäftigungsstellen fördern die Teilnahme durch eine entgegenkommende Dienstgestaltung, das Bundesamt für den Zivildienst durch Zuschüsse zu den Maßnahmen.“ (BAZ-Leitfaden, A 4, Ziffer 1 i. d. F. 7. Erg.-Lieferung 1991)

„Gefördert wird die Teilnahme an allgemeinberuflichen Kursen und am allgemeinberuflichen Fernunterricht durch anerkannte Bildungseinrichtungen oder Fachlehrer“ (Ziff. 2.2). Die Beschäftigungsstelle „soll soweit wie möglich die Teilnahme durch eine entgegenkommende Gestaltung des Dienstplanes fördern, vor allem bei unregelmäßigen Arbeitszeiten und Schichtdienst“ (Ziff. 3.1), aber **grundsätzlich** kann die Weiterbildung nur **außerhalb der Dienststunden** wahrgenommen werden und darf den Dienst des ZDL in der Dienststelle nicht beeinträchtigen. Die Förderung durch das Bundesamt für den Zivildienst besteht darin, daß es „auf Antrag Zuschüsse zu den Kosten der Bildungsmaßnahme bewilligt.“

### Der „1 300-Mark-Gutschein“

„Die Zuschüsse dürfen den Betrag von 1 300.- DM für die Dauer des Zivildienstes nicht überschreiten“, lautet die Kostenhöchstgrenze. Zu beachten ist ferner, daß die Zuschüsse jeweils nur „bis zu 70 v.H.“ der erstattungsfähigen Kosten betragen, d. h. es gibt zwei Obergrenzen: a) Höchstens 70 % der Kosten (z. B. Kurs-, Lehrgangs- und Studiengebühren, Lernmittel, Prüfungsgebühren, Fahrt und/oder (bei Fernunterricht) Brief- und Korrekturkosten), b) Der Höchstbetrag von 1 300.- DM.

Ganz wichtig ist, daß Zuschüsse nur bei regelmäßiger Teilnahme an der (Weiter-)Bildungsmaßnahme gezahlt werden. Besondere Aufmerksamkeit verlangt auch das Antragsverfahren: Die entsprechenden Vordrucke, die dem Leitfadenabschnitt A 4 angelegt sind, sind so rechtzeitig über die Beschäftigungsstelle an das Bundesamt für den Zivildienst zu richten, daß noch vor der Bildungsmaßnahme die Förderungszusage erteilt werden kann.

Bei der Antragstellung muß bedacht sein, daß die Bezuschussung im Rahmen der BERUFSFÖRDERUNG stattfindet, d. h. eine allgemeine Berufsbezogenheit ist bei der Antragsstellung zu beachten. Dies gilt auch für diejenigen ZDL, die noch keinen festen Berufswunsch haben, sich aber im Blick auf eine mögliche berufliche Ausbildung orientieren möchten.

Abschließend bleibt noch zu hoffen, daß die (Weiter-)Bildungsbereitschaft der Zivis solange stetig zunimmt wie die militärpolitisch bedingte Unterbrechung des zivilen Lebens noch anhält.

# FRIEDENS MISSIONEN

„Waffenstillstand in Bosnien-Herzegowina gebrochen.“ „Waffenruhe hält nicht“ – seit Wochen dieselben Schlagzeilen in der Zeitung. Allmählich kommt es mir vor, als wären es tatsächlich die Waffen, die nicht zum Stillstand zu bringen sind: die Motoren, die Ketten, die Rohre, die Patronen und Granaten. Jemand hat die Kriegsmaschine in Gang gesetzt und jetzt gibt es keinen Schalter mehr, um das alles endlich zu stoppen. Die Gewalt ist aus den Kasernen „ausgebrochen“, ist selbständig geworden. Menès Sperber fällt mir ein, der die Gewaltanwendung grundsätzlich und radikal kritisierte, „weil die Gewalt unter dem unausweichlichen Zwang steht, Gewalt zu erzeugen.“ Oder Mahatma Gandhi, der den Militärstrategen vorhielt: „Eure Logik besagt, man könne eine Rose ernten, wenn man ein Unkraut pflanzt.“ Jesus Christus: „Wer das Schwert nimmt, der wird durch das Schwert umkommen.“ Ein Teufelskreis frißt sich fest, wo immer mit Gewalt auf Gewalt reagiert wird.

„Friedensmissionen“ im wahrhaften Sinne zu starten, das würde bedeuten, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Stattdessen aber redet man von „Friedensmissionen“ und denkt an militärische Einsätze wie beim Golfkrieg. (Und das „vereinigte Deutschland“, schreiben die phantasielosen Kommentatoren, dürfe mit seiner „gewachsenen Verantwortung“ in Zukunft bei solchen Aktionen nicht mehr „abseits stehen“.)

Auch wenn niemand weiß, was im Falle Rest-Jugoslawiens „militärisches Eingreifen“ eigentlich heißen soll,

– auch wenn kein Mensch sagen kann, wo, gegen wen, mit welchem Ziel internationale Armee-Einheiten kämpfen sollen,

– auch wenn führende Köpfe aus der Friedens- und Konfliktforschung und einsichtige Militärs dringend vor den völlig unkalkulierbaren Konsequenzen warnen und Kleinkriege wie im Libanon voraussagen, die sich monate-, ja jahrelang hinziehen könnten,

– auch wenn das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland militärischen Einsatz nur zur Verteidigung zuläßt... es fällt den Verantwortlichen in Politik und Militär nichts anderes ein als eben: „Eingreiftruppen“. Dabei gäbe es tatsächlich Alternativen – wenn man nur wollte. Ansätze und Beispiele für „Friedensmissionen“, die diesen Namen auch verdienen, stellt wub auf den folgenden Seiten vor. Patentrezepte sind nicht dabei. Wohl aber ernst-

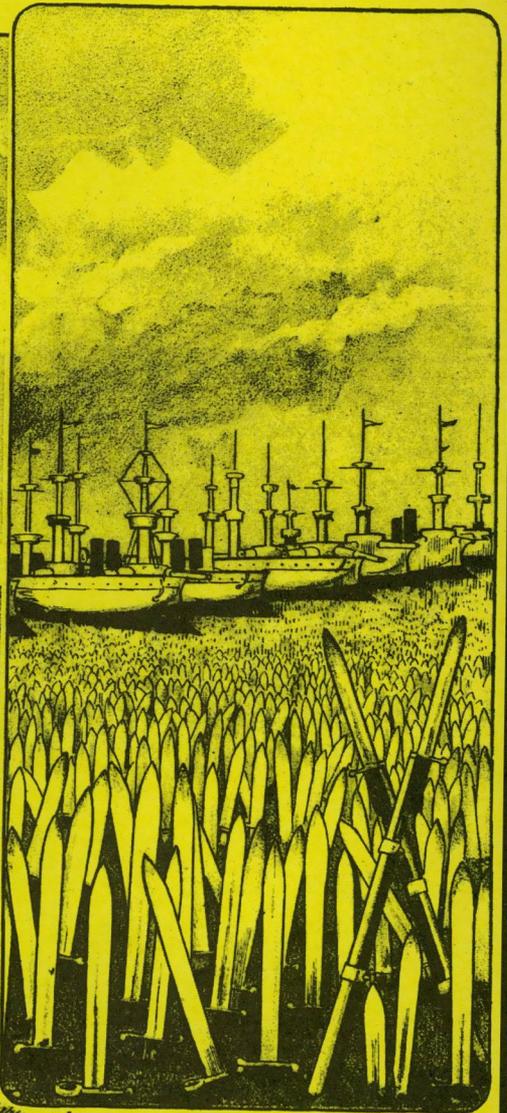
hafte, konkrete, z.T. auch längst bewährte Vorschläge und Methoden, die sich allesamt weit über das bislang vorherrschende Steinzeitniveau im Umgang mit Konflikten hinausheben – und die in der Tat dem christlichen Bekenntnis entsprechen.

Gandhi meinte dazu: „Vom Christentum ist vor allem die Bergpredigt wahr, aber die Christen tun nicht, was sie lehrt. Was wahr ist, kann man nur erfahren, indem man es tut.“

Werner Schulz

☆ Stammbuchblatt für die Friedenskonferenz. ☆

Von Rata Langa in Rom.



Saat und Ernte.

Karikatur von Rata Langa – Titelblatt der sozialdemokratischen Zeitschrift „Der wahre Jacob“ vom 9. Mai 1899. (Reproduktion aus „Nieder die Waffen, die Hände gereicht“, Friedensbewegung in Bremen 1858–1958. Donat-Verlag, Bremen, 1989)

## Neue Militärmacht Deutschland

Von Flottillenadmiral a. D. Elmar Schmähling

Seit dem Zusammenbruch des Ost-West-Konflikts mit dem Wegfall der Begründung und Legitimation für deutsche Streitkräfte kommt die Bundeswehr nicht mehr aus den negativen Schlagzeilen. Im Februar '92 definierten die Generäle der Hardthöhe „deutsche Sicherheitsinteressen“ in einem sogenannten Grundlagenpapier, zu deren Durchsetzung oder Wahrung künftig deutsche Kampfeinheiten Waffengewalt jenseits der Nato-Grenzen einsetzen sollen.

Dazu gehört die „Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnten“, ebenso wie die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen“. Lediglich eine „ergänzende Klarstellung“ des Grundgesetzes sei notwendig, damit deutsche Soldaten in Zukunft an sogenannten UNO-Friedensmissionen – wie im Golfkrieg – teilnehmen können, hieß es verharmlosend. Inzwischen hat die Erklärung des Bundeskanzlers während des 2. Golfkrieges, daß das Grundgesetz geändert werden müsse, bevor die Bundeswehr an „friedensbewahrenden“ und „friedensschaffenden“ (beschönigende Umschreibung für militärische Gewaltanwendung) Missionen der UNO teilnehmen darf, eine erstaunliche Mutation durchgemacht. Aus „Verfassungsänderung“ machten die neuen Machtpolitiker der CDU/CSU bald „klarstellende Ergänzung“. Mit zunehmender Gewißheit, daß die SPD für keine Art von Legitimierung von Kampfeinsätzen der Bundeswehr zu haben ist, wurde daraus schließlich „ergänzende Klarstellung“ und am Ende nur noch eine „Klarstellung“, zu der die Opposition nicht mehr gebraucht wird.

### Es geht nicht nur um Blauhelme

Aufgrund des geringen öffentlichen Interesses an der vitalen Frage der künftigen deutschen Militärrolle fühlt sich die Regierung jetzt stark genug zum Verfassungsbruch. Die Neuinterpretation des Artikels 87a, Grundgesetz, darauf läuft die Regierungspolitik hinaus, soll aber nicht nur den Bundeswehreinsetz im Rahmen oder im Auftrag der UNO erlauben, sondern bedeutet die Legalisierung jedes denkbaren Kriegseinsatzes deutscher Soldaten. Sie wäre ein tieferer Einschnitt in die deutsche Nachkriegsgeschichte als die Entscheidung zur Wiederbewaffnung Mitte der 50er Jahre.

Damals wurden die neuen deutschen Streitkräfte fest in ein Bündnis eingebunden (zur Beruhigung der ehemaligen Kriegsgegner und Opfer des deutschen Militarismus) und mit Art. 87a GG gesetzlich auf Verteidigung beschränkt. Mit der jetzt angestrebten Änderung würde deutsches Militär wieder auf der Weltbühne einer traditionellen, d. h. auf militärischer Gewalt abgestützten Machtpolitik auftauchen. Nach dem Verständnis der Bundesregierung müsse das erst kürzlich souverän gewordene Deutschland an die „Normalität“ der großen Nachbarn anschließen. Zu dieser „Normalität“ gehört aber, daß sich die Ex-Kolonialmächte

Großbritannien und Frankreich ebenso wie der „Weltpolizist“ USA ein eigenständiges Recht der militärischen Intervention zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen herausnehmen. Diese befreundeten Nationen hat bisher nicht gestört – ebenso wenig wie die Sowjetunion in Afghanistan – daß jeder Militäreinsatz, außer zur Selbstverteidigung und soweit er nicht durch Beschluß des Weltrechtsrats legalisiert ist, aufgrund der UN-Charta völkerrechtswidrig ist.

Ist etwa die völkerrechtswidrige Praxis dieser Militärmächte die „Normalität“, für die sich Regierungspolitiker und deutsche Spitzenmilitärs so ins Zeug legen?

### Kampfeinsätze rund um den Globus?

Bei den Plänen für den Aufbau europäischer und deutscher „Schneller Eingreiftruppen“ wird – entgegen der Rechtslage – stillschwei-



Feierliche Verabschiedung eines Seefernaufklärers vom Typ „Breguet Atlantis“, der das UN-Embargo gegen Rest-Jugoslawien überwachen soll.

Foto: dja

gend davon ausgegangen, daß diese außerhalb eines UNO-Mandats eingesetzt werden dürften. Es wird plump behauptet, im Rahmen der WEU könnten europäische Streitkräfte – da sie nicht an die geographische Begrenzung der NATO gebunden wären – für alle denkbaren Kampfeinsätze rund um den Globus, nicht nur zur Verteidigung, verwendet werden. Die WEU wird geradezu als das künftige „Schwert“ der auf „Schildfunktion“ beschränkten NATO angepriesen.

Dies ist aber dreiste politische „Falschmünzerei“ und eine doppelte Mißachtung der Rechtslage: Die Westeuropäische Union ist – wie die NATO – ein reines Verteidigungsbündnis. Zum

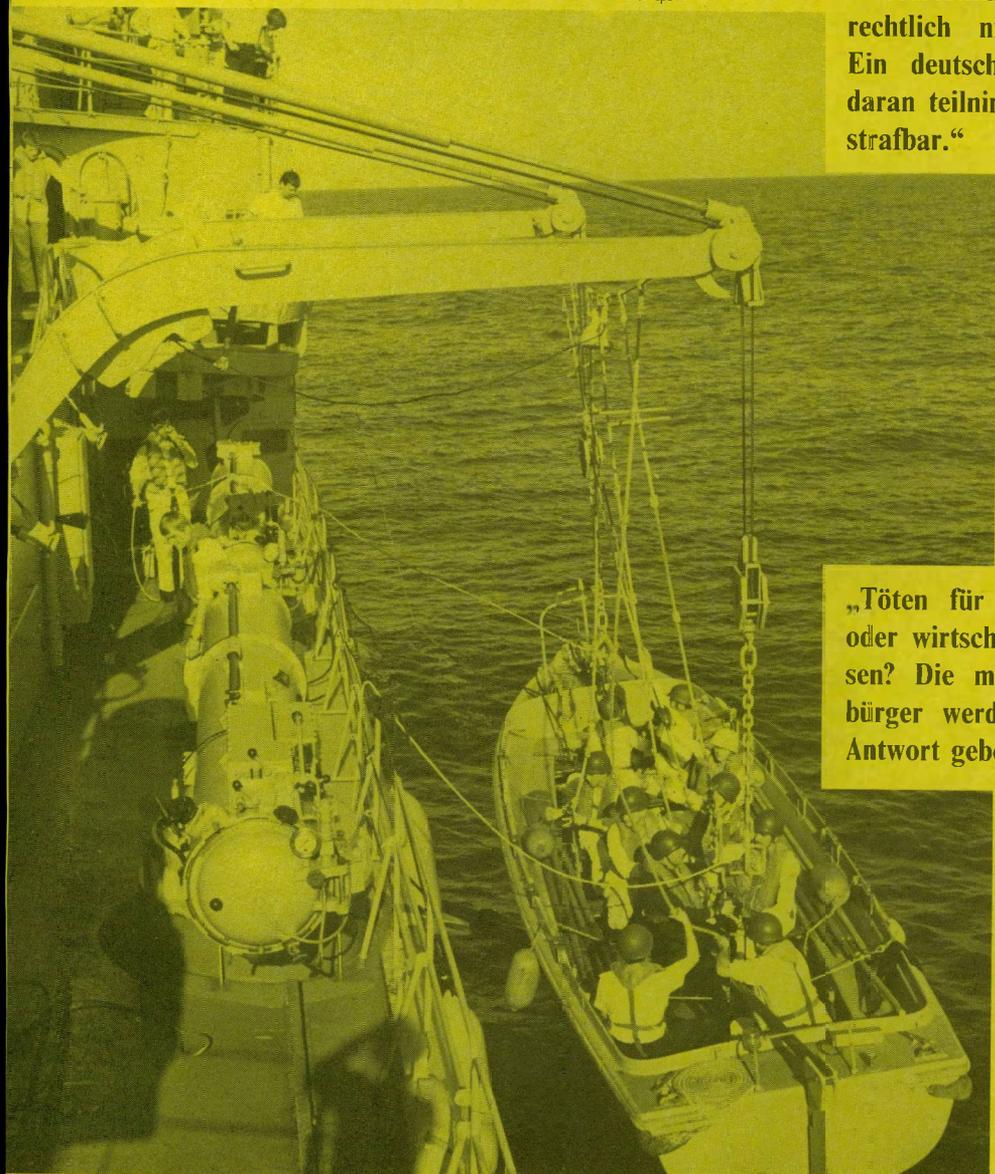
einen tritt eine Beistandsverpflichtung gemäß Artikel V des WEU-Vertrags nur dann in Kraft, wenn einer der Mitgliedstaaten „Ziel eines bewaffneten Angriffs in Europa“ wird. Zum anderen steht auch der WEU als kollektivem Verteidigungsbündnis – wie der NATO – nur das Recht auf kollektive Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta im Falle eines Angriffs zu.

Alle Vorbereitungen auf selbständige europäische Interventionseinsätze und sogenannte Friedensmissionen außerhalb eines Mandats der Vereinten Nationen sind daher die Planung von Völkerrechtsbruch.

# Deutsche Kno in alle Welt?



Foto: dpa



An Bord des Zerstörers „Bayern“: Noch sind es nur Übungen.

Foto: apa

## Eine ethisch-moralische Entscheidung

Die Frage, ob künftig deutsche Soldaten an „militärischen Zwangsmaßnahmen“ außer zur Selbstverteidigung teilnehmen können sollen, darf nicht auf das Verfassungsrecht reduziert werden.

Nach der jüngeren deutschen Geschichte, aufgrund der Wirkung moderner Waffen und im Wissen um die Folgen von Krieg in und gegen moderne, d. h. komplexe und vernetzte Gesellschaften, geht es um eine zutiefst politische und ethisch-moralische Entscheidung.

Die Anwendung militärischer Gewalt bedeutet wegen der Wirkung moderner Waffentechnik und der Verwundbarkeit moderner Gesellschaften den unvermeidbaren vieltausendfachen Tod von Menschen, die unter dem

**„Krieg ist außer zur reinen Selbstverteidigung, d. h. der Verteidigung des natürlichen Rechts auf Leben und Selbstbestimmung, auch rechtlich nicht vertretbar. Ein deutscher Soldat, der daran teilnimmt, macht sich strafbar.“**

ausdrücklichen Schutz des Kriegsvölkerrechts stehen. Das Kriegsvölkerrecht, die Genfer Konvention „über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte“ – obwohl bindendes Recht – sind längst zu Makulatur geworden. Daher ist Krieg außer zur reinen Selbstverteidigung, d. h. der Verteidigung des natürlichen Rechts auf Leben und Selbstbestimmung auch

rechtlich nicht vertretbar. Ein deutscher Soldat, der daran teilnimmt, macht sich strafbar. Er darf nämlich einen Befehl nicht befolgen, wenn dadurch eine Straftat begangen würde (§ 11 (2), Soldatengesetz)

Einer UNO, der die ständigen Mitglieder im Weltfriedensrat mit ihrem Vetorecht ihre rein nationalen Interessen aufzwingen können, dürfen deutsche Soldaten selbst zur legalen Ausübung militärischen Zwangs nicht anvertraut werden.

Sollen wir Deutschen uns unter diesen Umständen jetzt jener – völkerrechtswidrigen – „Normalität“ der westlichen Atomkräfte anschließen, bei der militärische Gewalt immer noch als Mittel der Politik gilt?

**„Töten für machtpolitische oder wirtschaftliche Interessen? Die mündigen Staatsbürger werden die richtige Antwort geben.“**

Unter den Bedingungen der reinen Selbstverteidigung im Sinne überstaatlicher Notwehr gegen eine militärische Aggression, d. h. Verteidigung des eigenen Lebens und des Lebens der nahestehenden Menschen, war es für viele

Deutsche noch möglich, Soldat zu sein, d. h. mit ihrer Gewissensnot des „Du-sollst-nicht-töten“ fertig zu werden. Aber töten für machtpolitische oder wirtschaftliche Interessen? Die mündigen Staatsbürger werden die richtige Antwort geben. ■

### „Zur Verteidigung“

#### Artikel 87a, Grundgesetz

(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.

(2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt. (...)

Pazifismus auf neuen Wegen

## „Gewaltfreie Einsatzgruppen“

Brandenburger Kirche fordert „zivilen Friedensdienst“ statt Bundeswehr und Ersatzdienst

Als „eine bessere, den Problemen der Zukunft angemessene Alternative zum Einsatz bewaffneter Truppen in Krisengebieten“ hat der Bischof der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg, Dr. Martin Kruse, das Konzept der „zivilen Friedensdienste“ bezeichnet. Was hinter dieser neuen Idee steckt und was daraus werden könnte, darüber sprach wub mit einem der „Miterfinder“, dem Politik-Professor und Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Theodor Ebert.

**wub:** Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg fordert den Aufbau eines „zivilen Friedensdienstes“. Was ist damit gemeint?

Ebert: Die Bezeichnung stellt zwar eine Verbindung her zu den traditionellen kirchlichen Freiwilligendiensten, gemeint ist aber doch etwas Neues. Ich nenne es im Gespräch mit ausländischen Freunden meistens „nonviolent taskforce“, also eine gewaltfreie Einsatzgruppe. Es geht um eine Alternative zur militärischen Ausbildung und zum Ersatzdienst. Nach dem Golfkrieg mußten wir unseren Gemeinden sagen, wie wir uns in Zukunft wirkliche Friedenseinsätze vorstellen, in kleinen und großen Konflikten, zu Hause und in Übersee. Wer keine schlechende Ausweitung der Einsätze der Bundeswehr will, muß eine einsatzfähige Alternative schaffen. Um diese konkurrenzfähige Alternative geht es bei dem Konzept des zivilen Friedensdienstes.

**wub:** Wie stellen Sie sich das Vorgehen einer solchen gewaltfreien Taskforce in den ethnischen Konflikten um die Aufteilung des früheren Jugoslawien vor?

Ebert: Wir haben diese gewaltfreie Einsatzgruppe noch nicht, und was sie zu leisten vermag, wird sich zeigen, wenn wir sie haben. Sie sollte im Konfliktfeld nach Möglichkeit präsent sein, bevor es überhaupt zu Schießereien kommt, und sie sollte an der Seite der Bedrohten bleiben. Da es sich um unbewaffnete, möglicherweise von nichtstaatlichen Organisationen geleitete Einsatzgruppen handelt, wären sie beweglicher, schneller und eingriffsfähiger als Blauhelme oder UNO-Truppen, die erst nach umständlichen Willensbildungsprozessen überhaupt anreisen und zum Einsatz kommen können.

Ich möchte jedoch mit Zukunftsmusik Ihrer Frage nach der aktuellen Notlage nicht ausweichen. Auch weniger gut gesehulte Freiwillige könnten bei entsprechender finanzieller Aus-

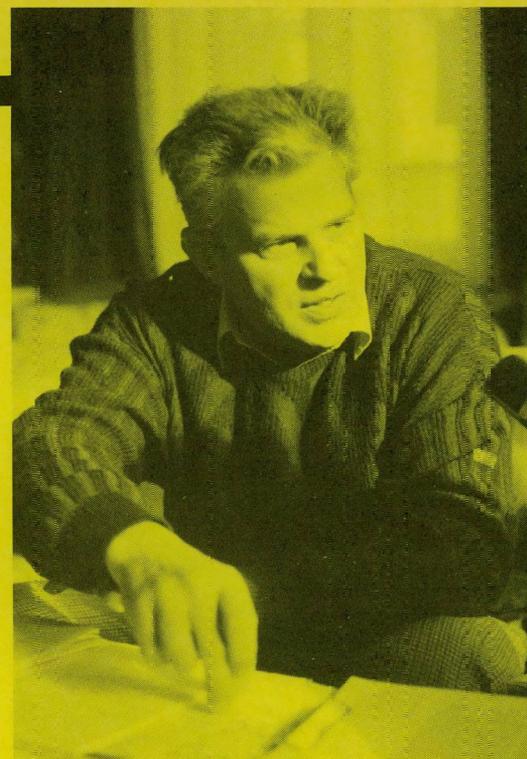
stattung jetzt schon in den leerstehenden Touristenzentren Flüchtlinge unterbringen.

Der Bund für Soziale Verteidigung hat zur Erkundung der Lage bereits mehrere Trainerinnen und Trainer nach Slowenien und Bosnien geschickt, und gerade auch Frauen zeigten ein großes Interesse an Methoden gewaltfreien Reagierens auf feindselige Haltungen und bewaffnete Bedrohungen.

Es gibt für das ehemalige Jugoslawien keine gewaltfreien Patentrezepte. Historische Praxis und Mythos des Guerillakrieges tragen dort jetzt böse Früchte. Mit Waffengewalt läßt sich dort der Glaube an die Macht der Waffen nicht besiegen. Deshalb: Ich halte es für aussichtsreicher, den Bürgerkrieg durch Unterstützung der einheimischen Friedensbewegung zu beenden als durch die Entsendung von Truppen, auch wenn dies immer wieder gewünscht wird von Menschen, die wider alle Erfahrung von militärischen Einsätzen ein schnelles Ende des Bürgerkriegs erwarten. Am naßforschenden Wesen unseres neuen Außenministers wird dieser Konflikt bestimmt nicht genesen.

**wub:** Denken Sie denn vor allem an ausländische Einsätze?

Ebert: Wir haben zunächst nur über das Problem der „out of area“-Einsätze der Bundeswehr und über Blauhelme nachgedacht, aber dann rasch gemerkt, daß wir auch zu Hause etwas anderes brauchen als Bundeswehr und zivilen Ersatzdienst alter Prägung. Im Raum unserer Landeskirche sind Ausländer – allein aufgrund ihrer Hautfarbe – von deutschen Jugendlichen erschlagen worden, und es gab zahlreiche Überfälle auf Flüchtlingsheime.



Prof. Theodor Ebert

Foto: A. Emmerling

Auch hier bedarf es der Befähigung zum gewaltfreien Standhalten und Hilfeleisten. So denken wir z. B. daran, daß eine gewaltfreie Taskforce in ihrer Ausbildungszeit in einem Flüchtlingsheim leben und mit den Flüchtlingen und den Anwohnern gewaltfreies Verhalten einüben könnte. Der Bund für Soziale Verteidigung, der Versöhnungsbund und die Gewaltfreie Werkstatt Baden sind gemeinsam dabei, in Planspielen die Möglichkeiten einer gewaltfreien Abwehr der Bedrohung von Flüchtlingsheimen zu erkunden.

Dabei zeigt sich, daß Pazifismus viel weniger eine Frage der edlen Gesinnung als des Tuns ist. „Frieden schaffen“ heißt eben jetzt „Einsatzgruppen aufbauen“!

**wub:** Wie hoch schätzen Sie denn die Unterstützung für solche Vorschläge in der EKD ein? Man hat ja bislang die KDVer als Zivis sehr gerne gesehen, weil sie in den sozialen Einrichtungen der Kirche nützliche Arbeit leisten. Sobald es aber um deren pazifistische Gesinnung ging, gab es in der Kirche ziem-



„Den Bürgerkrieg durch Unterstützung der einheimischen Friedensbewegung beenden.“ Teilnehmer der...

**lich schnell und ziemlich heftig Streit. Als der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR in der Kriegsdienstverweigerung das „deutliche Zeugnis“ im Bemühen um die Nachfolge Jesu sah, beschwerten sich die Befürworter der militärischen Verteidigung in der Bundesrepublik sofort: Man lasse sich nicht als „Christ zweiter Klasse“ diffamieren.**

Ebert: Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg ist eine wiedervereinigte Kirche, d. h. hier sitzen „Wessis“ und „Ossis“ zusammen in der Synode und in der Kirchenleitung. Das Konzept des zivilen Friedensdienstes ist unser gemeinsames Produkt, und ich meine auch, daß keiner der beiden früheren Teile es je für sich alleine zuwege gebracht hätte. Doch wie wird dieses „Wossi“-Produkt in den rein westlichen und den rein östlichen Landeskirchen aufgenommen werden? Wir werden dies wahrscheinlich erst erfahren, wenn wir das ausformulierte Konzept der EKD zugeleitet haben.

Die Angelegenheit ist brisant. Wir rühren an die Schaukelformel „Friedensdienst mit und ohne Waffen“ und geben dem Friedensdienst

mit dem Militärdienst.

Für die Befähigung zu Einsätzen im Rahmen einer gewaltfreien Taskforce wird es bestimmter Qualifikationsnachweise bedürfen, die man wie andere berufliche oder sonstige Qualifikationen auch im Rahmen von Kursen, Lehrgängen und Übungen zu erwerben haben wird. Ich nehme an, daß es sich bei den gewaltfreien Taskforces um keine Massenorganisation handeln wird.

Der Umfang richtet sich letztlich nach dem Willen der Bürger. Unsere Absicht ist es, das Militär abzulösen. Das steht klipp und klar in unserem Beschluß. Voraussetzung ist allerdings, daß der zivile Friedensdienst sich bewährt, was dann aber nicht nur eine Frage an die Theologie, sondern auch an die Politologie ist. Im übrigen: Was heißt schon „Bewährung“? In wessen Augen hat sich denn das Militär bewährt?

Wir hoffen auf den zivilen Friedensdienst, weil militärische Einsätze immer problematischer werden. Der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln wird sich immer weniger ausschließen lassen, und die Statistiken zeigen,

## In der nächsten Ausgabe...

... bringen wir aus Anlaß des 100. Geburtstages der Deutschen Friedensgesellschaft einen Rückblick: „Pazifismus und Friedensbewegung in Deutschland“. Außerdem: „Im Blickpunkt“: „Pazifismus – das bewährte Feindbild“ – Geschichten von Drückebergern, Traumtänczern und anderen unzuverlässigen Gestalten.

noch zu keiner Friedenskirche, wie es z. B. die Quäker oder Mennoniten sind, aber wir sind auf dem Weg, eine Friedenskirche zu werden und wir haben gesagt: Wir wollen mit diesen gewaltfreien Einsatzgruppen experimentieren. Das ist dem christlichen Bekenntnis gemäß. Und wir wollen den ernsthaften Versuch machen.

Wenn man den Beschluß insgesamt liest, wird man auch erkennen, daß er Waffengewalt als letztes Mittel nicht völlig ausschließt, aber Barrieren gegen den Einsatz von Gewalt zu errichten versucht. In diesen Passagen liegt der Beschluß auf der traditionellen Linie der Formulierung von Kriterien für gerechte und ungerechte Kriege. Und diese Passagen sind auch Ausdruck der Spannungen, die es auch innerhalb unserer Kirche gibt.

Der zukunftsweisende Konsens bestand nun aber darin, daß wir gemeinsam den ernsthaften Versuch mit gewaltfreien Einsatzorganisationen machen wollen und eben hoffen, daß etwas daraus wird. Diese Haltung schließt jedoch aus, daß man pauschal alle diejenigen, die sich militärische letzte Mittel noch vorbehalten wollen, moralisch verurteilt. So ist es nun eben, das real existierende Christentum.

**wub: Sehen Sie im Konzept der zivilen Friedensdienste auch eine Antwort auf den Vorwurf, die pazifistische Einstellung sei grundsätzlich nicht politikfähig? „Selig sind die Friedfertigen“, unsere Politiker sagen, das höre sich gut an, aber mit der Bergpredigt könne man nun mal nicht regieren.**

Ebert: In der Bergpredigt geht es um „pacem facere“, nämlich „Frieden schaffen“, und nicht allein um eine friedfertige Gesinnung, gewissermaßen um den frommen Augenaufschlag in allen Lebenslagen. Natürlich: Zum Regieren bedarf es mehr als einer edlen Seele, es bedarf auch der Macht. Diese kommt nun aber nicht nur aus Gewehrläufen, sondern sie läßt sich auch erzeugen durch den solidarischen Zusammenschluß von Menschen zu Aktionen der Verweigerung und der Intervention. Streik und Boykott, das sind bekanntlich machtpolitische Instrumente. Wenn Menschen sich in großer Zahl für Flüchtlinge einsetzen, Spenden sammeln und in Krisengebiete eilen, dann macht das Regierungen mit humanitärer Gesinnung politikfähig.

Aus meiner Sicht waren die größten Pazifisten des 20. Jahrhunderts die Massenorganisatoren Gandhi und King. Sie haben den modernen Pazifismus geschaffen mit ihren handfesten Anleitungen zum gewaltfreien Handeln und Interventionen. Nicht ihre Gesinnung zeichnete sie aus, sondern ihre strategische Begabung.

Wenn wir sie heute beerben wollen, dann sollten wir das, was sie spontan mit ungelerten Kräften versuchten, auf eine neue Qualitätsstufe heben durch eine systematische Alphabetisierung möglichst vieler auf dem Gebiet der gewaltfreien Aktion. Handlungsfähigkeit entsteht durch Organisation. Pazifisten sind erst dann politikfähig, wenn sie um abrufbare Personengruppen wissen, die im Sinne des Pazifismus einsatzbereit sind.

**wub: Herr Ebert, vielen Dank für dieses Gespräch.**  
(Interview: Werner Schulz)



... internationalen „Friedenskarawane“ bei Aktionen und Menschenketten im vergangenen Jahr in Sarajewo.

Fotos: Eva Herbst

ohne Waffen nicht nur den Vorzug, sondern fordern auch seine staatliche Förderung. Wir sind gespannt, welche Parteien im bevorstehenden Bundestagswahlkampf unseren Vorschlag aufgreifen werden. Hinter dem Beschluß steht die Vorstellung, daß der neu aufzubauende zivile Friedensdienst in Zukunft an die Stelle des Militärdienstes tritt.

**wub: Soll das Ganze eigentlich ein neuer Zwangsdienst werden, in den dann womöglich auch noch die Frauen eingezogen werden?**

Ebert: Die gewaltfreie Konfliktaustragung lernt man doch nicht wie das Schießen innerhalb von 12 Monaten in einer Kaserne. Das lernt man am besten von klein auf in der Familie, in der Schule und im Laufe der beruflichen Ausbildung. Es bedarf einer allgemeinen Alphabetisierung auf dem Gebiet der gewaltfreien Konfliktaustragung. Das soll der Gesetzgeber fördern und diese Ausbildung sollte man besser mit Schulpflicht und dem Führerschein vergleichen als

daß Zivilisten unter den Opfern auch bei kleinen Kriegen mittlerer Mächte überwiegen. Wir brauchen jetzt ein funktionsfähigeres und trennschärferes Mittel der Krisenbearbeitung als das Militär.

Es gibt Zeichen dafür, daß man dies in anderen Landeskirchen der EKD ähnlich sieht. Bemerkenswert ist, daß man vielerorts den Militärseelsorgevertrag als vergoldete Fessel empfindet. Doch zu einer Prognose sehe ich mich noch nicht in der Lage. Unser Vorschlag ist einfach noch zu neu, zu ungewöhnlich und er muß jetzt erst mal landauf landab diskutiert werden.

**wub: Ich höre heraus, daß Sie sich auf einen längeren Weg einstellen. Das scheint mir auch realistisch zu sein, denn nach meiner Erfahrung kommt man mit pazifistischen Vorstellungen innerhalb der Kirche nur schwer voran.**

Ebert: Ich kenne auch meine Pappenheimer. Auch die Ev. Kirche von Berlin-Brandenburg wurde durch ihren Beschluß vom Oktober 1991

## Trainings in gewaltfreier Aktion

# Gewaltfrei – aber nicht wehrlos!

Grundausbildung, Manöver, Reserveübung... , keiner fällt als Soldat vom Himmel – aber auch niemand als „kleiner Gandhi“. Auch gewaltfreie Strategien und Techniken kann man erlernen und üben. Trainings in gewaltfreier Aktion haben eine lange Tradition, auch Martin Luther King setzte sie ein.

Von Uli Wohland \*

„Soll ich eine Trainingshose und Turnschuhe mitbringen?“, fragte es von der anderen Seite des Telefons. Zuerst verstand ich nicht recht, doch dann begriff ich: Da wollte jemand an einem „Training in gewaltfreier Aktion“ teilnehmen und dachte bei dem Wort Training an sportliche Übungen.

Und tatsächlich: Auch Gewaltfreiheit kann geübt und gelernt werden, am besten vielleicht vergleichbar mit dem Erlernen eines Musikinstrumentes. Ein Instrument kann – guten Willen und regelmäßiges Üben vorausgesetzt – jeder einigermaßen erlernen. Gleiches gilt, wie Gene Sharp, einer der wichtigsten Theoretiker der gewaltfreien Konfliktaustragung schreibt, auch für die Gewaltfreiheit:

„Wer die Technik der gewaltlosen Aktion anwendet, muß kein Pazifist sein. Der hochgestochene Anspruch mancher Pazifisten, nur sie könnten gewaltlose Aktionen durchführen, mißachtet einfach historische Tatsachen. In einer überwältigenden Anzahl von Fällen waren sowohl die Teilnehmer als auch die Führer dieser Aktion keine Pazifisten.“

## Händchenhalten und Lieder singen?

Einem weit verbreiteten Mißverständnis nach ist gewaltfreies Handeln nur ein anderer Ausdruck für Händchenhalten bei Menschenketten oder Lieder singen vor Raketenanlagen und Panzern. Dabei hat gewaltfreies Handeln, als aktiver und kreativer Prozeß verstanden, mit Gefühlsduselei oder mit Trägheit absolut nichts zu tun. Gene Sharp: „Wer zur gewaltlosen Aktion greift, ist nicht passiv, unterwürfig und feige. Keinesfalls dürfen gewaltlose Aktionen gleichgesetzt werden mit nur verbaler oder rein psychologischer Überzeugungsarbeit. Sie sind Sanktionen und Kampfmittel einer Politik der Stärke.“

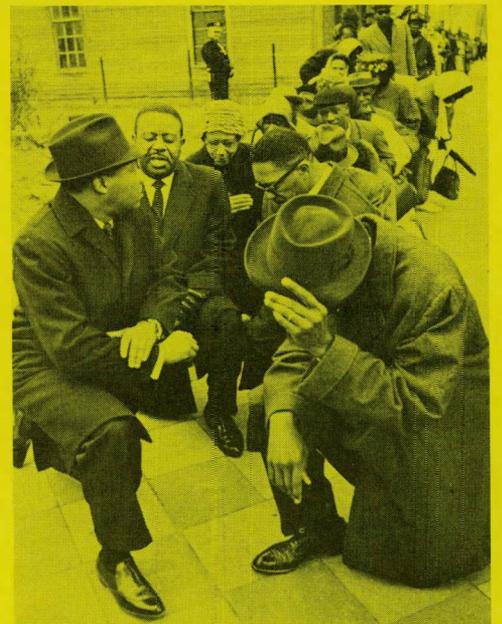
Die Möglichkeiten, durch gewaltfreie Aktionen auf den Gegner finanziellen oder psychischen Druck auszuüben, gelten gerade in der Bundesrepublik als verpönt und werden abgelehnt. Dabei berufen sich die Gegner solcher Aktionen gerne auf Mahatma Gandhi und Martin Luther King als den „Aposteln der Gewaltfreiheit“. Doch gerade Gandhi und King hatten



ein sehr viel radikaleres Verständnis von Gewaltfreiheit. So hat Gandhi beispielsweise über viele Jahre hinweg einen Boykott von englischer Baumwolle durchgeführt, der tausende Kilometer entfernt in den Tuchfabriken von Mittelengland zu Massenentlassungen führte. Und King hat im Süden der USA zum Boykott von Busunternehmen und Kaufhäusern aufgerufen, mit der bewußt in Kauf genommenen Konsequenz, daß einzelne von ihnen Bankrott machen würden.

Ein weiteres Mißverständnis findet sich in der oft anzutreffenden, aber dennoch falschen Ansicht, gewaltfreie Aktionstrainings zielten darauf, die eigenen Aggressionen zu verlieren oder zu unterdrücken.

Aggression ist zunächst nur die Bezeichnung für eine Energie des Körpers, die zur Erreichung bestimmter Ziele eingesetzt werden kann. In der Erziehung wird uns oft beigebracht, daß wir unsere Ziele am besten mit Gewalt erreichen. Wer dies gelernt hat, der wird immer wieder seine aggressive Energie in gewaltvolle Handlungen münden lassen. Wer hingegen andere, gewaltfreie Lösungswege zum Erreichen seines Ziels kennengelernt hat, der wird seine aggressiven Impulse in die Richtung gewaltfreier Handlungen lenken. Hier nun setzen die Trainings an. In gewaltfreien Trainings wird somit nicht die Unterdrückung der Aggression gelernt, sondern ein konstruktiver, alternativer Umgang damit.



Als einer der ersten hat Martin Luther King die Methode der Trainings eingesetzt.

## Beispiel: Martin Luther King

Als einer der ersten hat Martin Luther King diese Methode eingesetzt. So schildert King einmal, wie in der Kirche die Bestuhlung in mehreren Reihen wie in einem Bus mit Rassentrennung – vorne die Weißen und hinten die Schwarzen – zusammengestellt wurde. Dann spielte man typische Konflikte, wie sie bei solchen Busfahrten auftraten und überlegte sich Verhaltensweisen, wie man gegen rassistische Diskriminierung in gewaltfreier Form vorgehen könnte.

In der Bundesrepublik wurden Trainings im Zuge der 83er Friedensbewegung einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Damals wurde in hunderten von Trainings die Situation bei der Blockade eines Atomwaffenlagers oder einer Kaserne durchgespielt.

Eine neuartige Trainingsart wird derzeit im Zusammenhang mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien praktiziert. Vermittelt über den Bund für Soziale Verteidigung sind seit letztem Sommer immer wieder bundesdeutsche Trai-

nerInnen nach Serbien, Bosnien und Kroatien eingeladen worden, um dort Mediations-Seminare durchzuführen. Dabei geht es um eine spezielle Form der Konfliktbearbeitung, bei der Lösungen ermöglicht werden, die jenseits von Verlieren und Gewinnen liegen.

Jede Aktion, die eine Gruppe macht – angefangen vom Schweigekreis gegen den Krieg oder dem Büchertisch zum Thema Ozonloch, über den phantasievollen Umzug gegen die Apartheid in Südafrika bis hin zu einer Blockade gegen eine Müllverbrennungsanlage – kann vorher auf einem Training durchgespielt werden. Je schwieriger die Aktion ist und je größer der persönliche Einsatz für die Einzelnen, desto wichtiger wird ein Training im Vorfeld der Aktion. In diesem Sinne ist so ein Training so etwas wie die Generalprobe vor der eigentlichen Aktion und stellt eine günstige Möglichkeit dar, Ängste abzubauen und mögliche Fehler auszubessern. ■

\* Uli Wohland ist Mitarbeiter der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden.

Gruppen, die Interesse an einem Training haben, mögen sich bitte wenden an:  
Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden  
Renate Wanke  
Römerstraße 32, 6900 Heidelberg  
Tel. 06221/161978

Friedensmissionen konkret:

## Gewaltfreie Schutzschilder

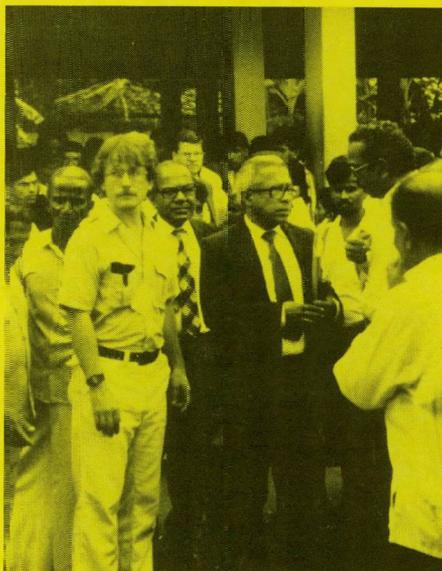
Die Internationalen Friedensbrigaden

Als „menschliche Schutzschilder“ versuchen die Internationalen Friedensbrigaden in Militärdiktaturen und Umsturzgebieten gewaltfreie Oppositionelle vor Verhaftung und Ermordung zu schützen. Unbewaffnet und unentgeltlich. Der Hamburger Jurastudent Björn Sendel war als Freiwilliger für die „peace-brigades“ acht Monate lang in Guatemala. Auf die Frage, warum er für fremde Menschen soviel seiner Zeit opfert, sagt er einfach: „Jeder sollte seinen Teil dazu beitragen, etwas in dieser Welt zu verändern. Und was ich augenblicklich geben kann, ist eben meine Zeit“.

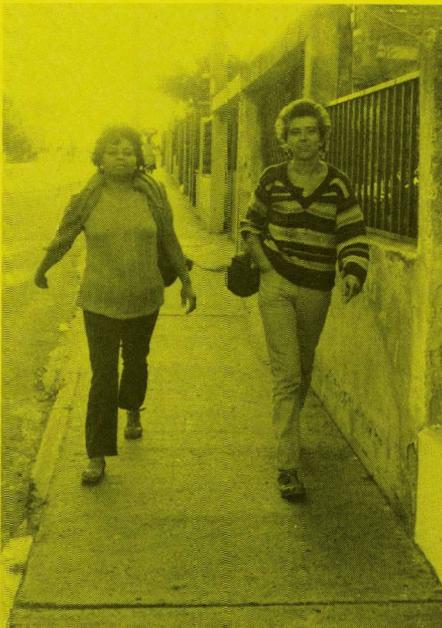
wub hat Björn Sendel um einen kleinen Bericht über seine Zeit in Guatemala gebeten:

„Im Bus durch das Hochland Guatemalas, von Quiché nach Sololá. Neben mir Nicole. Das staatliche Menschenrechtsbüro hatte uns schriftlich die Unterstützung gegeben, in das Krankenhaus von Sololá zu kommen, um bei Diego sein zu können. Diego, Mitglied einer unabhängigen Menschenrechtsgruppe, war zwei Tage zuvor zusammen mit seinem Vater und seinem Bruder von den Anführern der örtlichen „Zivilpatrouille“ niedergeschossen worden. Seine beiden Angehörigen starben an den Schußverletzungen, aber Diego überlebte. Nun war er in der Lage, die Mörder seiner Verwandten zu identifizieren und – was eher selten ist: Er war auch bereit zur Aussage. Die „Zivilpatrouillen“, die unter dem Vorwand, die Bevölkerung müsse vor Guerilleros geschützt werden, von der Armee gegründet und ausgebildet wurden, genießen, unter dem Schutz der Armee stehend, weitestgehende Straffreiheit. Nun also waren wir von der Familie Diegos und von der Menschenrechtsgruppe gebeten worden, in Diegos unmittelbarer Nähe zu sein, da es weitere Pläne gäbe, ihn zu ermorden.“

Bis zum Abendbrot waren die „normalen“ Tage gefüllt mit der Begleitung verschiedener Menschenrechtsaktivisten: Sergio und Byron, die beiden bärtigen Gewerkschafter; den quirligen Amilcar, dessen Organisation die Abschaffung der paramilitärischen „Zivilpatrouillen“ fordert; Juan, einer der Vertreter der Flüchtlinge im mexikanischen Exil; Rosalina Sprecherin der guatemaltekischen Witwenorganisation und die junge Matea, stellvertretend für die Widerstandsdörfer, in denen tausende vor den Masakern der Armee geflüchtete Bauern leben. – Diese Bauern entziehen sich der staatlich-militärischen Kontrolle, indem sie in den unwegsamen Berg- und Waldregionen leben, ohne Waffen, ohne Polizei, ohne Richter und Gefängnis-



PBI-Mitglied Joshua aus den USA begleitet einen gefährdeten Rechtsanwalt in Sri Lanka.



Guatemala: Kathleen, PBI-Mitarbeiterin aus England, begleitet eine Menschenrechtsaktivistin.

se. Das selbstbestimmte Leben dieser Bevölkerungsteile provoziert die Armee zu Bombardements, zu Maschinengewehrbeschuß aus Hubschraubern und zu Übergriffen auf die Dörfer, um sie zu zerstören und möglichst viele Bauern gefangenzunehmen. Doch in diesem unerschlossenem Gebiet ist es der Armee nicht möglich, ihre Gewalt so auszuüben, wie sie es gewohnt ist! Die meisten Dörfer werden vor den Angriffen von ihren Bewohnern verlassen und nach Abzug der Soldaten wieder aufgebaut.

Sie alle sind Menschen, die gewaltfrei gegen das von ihnen erlebte Unrecht vorgehen, die in-

ternationalen Schutz brauchen, um nicht selbst zu Opfern zu werden.

Durch die Scheiben des Busses beobachtete ich die grünen Hügel der Hochebene; manchmal eingeschlossen durch die bewaldeten Bergmassen beim Durchfahren der Schluchten. In Sololá angekommen gelingt es uns, mit dem Unterstützungsschreiben des Prokurators den Krankenhausdirektor zur Billigung unserer Präsenz zu bewegen. Das bedeutete von da an, zehn volle Tage rund um die Uhr bei Diego zu sein.

Heute, nachdem ich längst wieder zu Hause bin, weiß ich: Ich habe von den Guatemalteken mehr über Gewaltfreiheit gelernt, als ich es aus Büchern je gekonnt hätte. Zu sehen, daß gewaltfreier Widerstand unter solchen Bedingungen gelebt wird und dadurch möglich ist, gibt mir Hoffnung und läßt mich an den Erfolg gewaltfreier Alternativen glauben.“

Björn Sendel

### PBI – Peace Brigades International – Internationale Friedensbrigaden –

Die Internationalen Friedensbrigaden existieren in der Bundesrepublik seit 11 Jahren, sind aber dennoch relativ unbekannt. Das Wesen der PBI, die übrigens auf Ansätze Gandhis zurückgehen, realisiert sich in der Entsendung unbewaffneter und – nicht nur in dieser Hinsicht – gewaltfreier Friedensteams in Konfliktgebiete.

Die Teams bestehen aus internationalen Beobachtern, die von den Konfliktparteien des Landes unabhängig sind und zum einen durch ihre Präsenz Gewalt verhindern, zum anderen Vermittlungs- und Versöhnungsbemühungen unterstützen sollen.

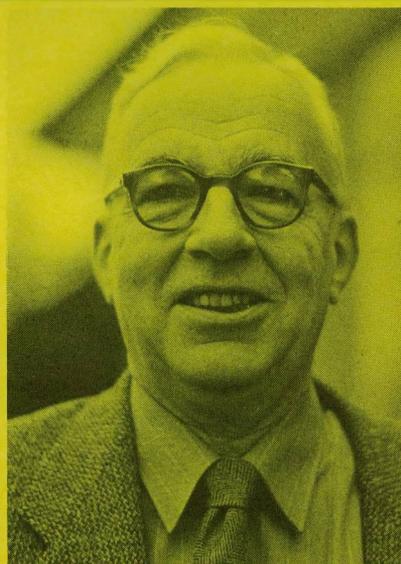
Wichtig ist: PBI entsendet nicht eigenmächtig Teams, sondern wird nur auf Anfrage aus den jeweiligen Ländern tätig. Das erste PBI-Team nahm vor 9 Jahren seine Arbeit in Guatemala zu Zeiten der Militärregierung auf. Die Idee des persönlichen Begleitschutzes – teilweise 24 Stunden am Tag – entstand, nachdem zwei wichtige Mitglieder der einzigen vor Ort existierenden Menschenrechtsorganisation ermordet worden waren. Im Laufe der Zeit – der Schutz für von PBI begleiteten Menschen erwies sich als wirksam – fragten weitere sich neu bildende Menschenrechts- und Bauernorganisationen sowie Gewerkschaften um Begleitung an. An der Bedrohung hat sich bis heute trotz wechselnder Regierungen nichts geändert. 1987 folgte PBI einer Anfrage der lutherischen Kirche nach El Salvador. 1989 begann die PBI-Präsenz in Sri Lanka.

Den jeweiligen Machthabern sind die PBI-Leute lästig: In Zentralamerika wurden bereits mehrere Teammitglieder festgenommen, ausgewiesen oder überfallen; am PBI-Haus in Guatemala explodierten zwei Handgranaten. Trotzdem ist der Schutz, den AusländerInnen genießen, weitaus größer als der der Einheimischen, die häufig ihr Engagement mit dem Leben bezahlen. Somit versuchen die PBI-MitarbeiterInnen, den ihnen zugestanden Schutz auf engagierte Menschenrechtler des Konfliktlandes zu übertragen.

B. S.

PBI deutscher Zweig e. V.  
Engerser Str. 74a  
5450 Neuwied  
Tel.: 02631/24529

Infoseminare: Bundestreffen:  
04.–06.09. in Bern 16.–18.10. in Bielefeld  
13.–15.11. in Dresden

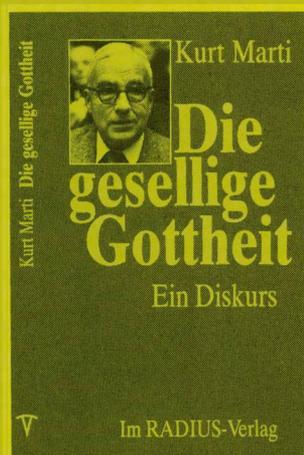


Kurt Marti

Foto: Peter Friedli

## Das Gebot der Entwaffnung

Von Kurt Marti



1

Leg deine Waffe weg,  
wies der nie Bewaffnete einen Freund zurecht,  
der ihn verteidigen wollte,  
denn wer zur Waffe greift,  
wird durch die Waffe umkommen  
(vgl. Matthäus 26,52).

Worauf sich die Christen  
drei Jahrhunderte lang  
an diese Weisung gehalten,  
Militärdienst und Waffengebrauch verweigert  
haben,

auch wenn sie,  
ohne selber zur Waffe zu greifen,  
durch Waffen umkamen.

2

Danach dann  
die konstantinische Wende,  
die Machtergreifung des Christentums.  
Doch nicht das Christentum hat die Macht,  
die Macht hat das Christentum verändert,  
z. B. durch die häretische Praxis der Waffen:  
noch heute erlernen Christen  
das Handwerk des Tötens,  
dienen ums tägliche Brot  
in Industrien der Rüstung, des Todes.

Theologische Väter (also: Männer)  
haben der häretischen Praxis  
„rechtgläubige“ Argumente geliefert,  
jesusfremd zwar,  
dafür – klug, verdammt klug oft! –  
Natur, Vernunft und Geschichte beschwörend.

3

Ja, auch ich  
hätte seinerzeit  
als Soldat wohl geschossen,  
falls die Knobelbecher-Armee  
(gröhlend im voraus schon:  
„Die Schweiz in ihrer Blütenpracht,  
die nehmen wir in einer Nacht“)  
in unser Land, das kleine,  
eingefallen wäre.

Ja, ich hätte,  
ja, voll Wut –  
und heute noch  
schlägt das Herz, das alte,  
für kleine Völker,  
die sich gegen die Arroganz  
mächtiger Eroberer, Unterwerfer  
mit Waffen wehren.

4

Und dennoch:  
kein einziges Wörtlein  
hat Jesus sich entlocken lassen  
(obwohl es Judas vielleicht versuchte)  
zugunsten eines  
auch noch so gerechten Krieges  
(zur Befreiung etwa  
der Juden vom römischen Joch).

Blasphemisch vollends die Vorstellung,  
Er hätte die Landesverteidigung  
zur Bekenntnisfrage machen können  
(wie üblich z. B. in der Schweiz).

5

In Labors, in Arsenalen inzwischen  
häufen sich die Waffen,  
die mitvernichten auch den,  
der sie einsetzen würde.  
„Der Krieg kommt endlich selber am Kriege  
um;  
seine Vervollkommnung wird seine  
Vernichtung“  
(hoffte Jean Paul – notabene: 1808!).

Nach wie vor jedoch droht  
die schlimmere, schlimmste Möglichkeit:  
der vollkommene Krieg vollkommener  
Vernichtung.

Und jetzt erst,  
jetzt erkennbarer denn je, stellt sich heraus,  
wie fast unheimlich genau  
der niemals Bewaffnete  
die Logik der Waffen  
– selbstmörderisch, weltmörderisch –  
erfaßt hat,  
wie weit er schon immer voraus war:  
Wer zur Waffe greift,  
wird umkommen durch die Waffe,  
die er ergreift.

6

Zeit,  
höchste Zeit,  
der häretischen Praxis der Waffen  
ein Ende zu setzen:  
„Selig die Gewaltlosen,  
denn sie werden das Erdreich besitzen.“  
(Matthäus 5,5)

Zeit,  
höchste Zeit,  
aufzurüsten und stark zu machen  
den Schalom,  
der Konflikte in neue Begegnung verwandelt:  
„Selig die Friedensmacher und -macherinnen,  
denn sie werden Söhne und Töchter Gottes  
heißen.“ (Matthäus 5,9)

Zeit,  
höchste Zeit nun,  
auch Feinde (vermeintliche, tatsächliche)  
einzuschließen, einzubinden  
in Fürbitte, Geselligkeit, Liebe:  
„Liebet eure Feinde  
und bittet für die,  
die euch schmähen und verfolgen.“  
(Matthäus 5,44)

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags, entnommen aus:  
Kurt Marti: Die gesellige Gottheit. Ein Diskurs.  
Copyright Radius-Verlag, Stuttgart, 1989.

Ooohh Deutschland, Du Land der tausend Ungerechtigkeiten und bitteren Tränen. Seit Jahren bemühe ich mich intensiv um echte Diskriminierung und richtige Ausländerfeindlichkeit. Was habe ich nicht alles getan, um ordentlich gehaßt zu werden. Es ist eine Schande, die konzentrierte Arbeit von Jahren wird einem innerhalb weniger Wochen zunichte gemacht.

Nicht einmal auf die besten Verbündeten kann man sich verlassen. Selbst die fleißigen Kollegen von der konservativen Presse, mit denen ich gemeinsam jahrelang an meinem Image gefeilt und geformt habe, wechseln mit fliegenden Fahnen das Lager. Es ist erstaunlich, mit welch' billigen Tricks man von der Titelseite verdrängt wird.

Vor Monaten mußte ich höchstens einen Dackel beißen, um in die Schlagzeilen zu kommen. Heute sind nur noch ein paar Asylanten das Thema des Tages.

Was haben diese Asylanten denn Großartiges geleistet, daß sie das Recht haben, mehr gehaßt zu werden als wir „Gastarbeiter“?

Hier wird ein wichtiges Vorrecht von uns „Gastarbeitern“ mit Füßen getreten. Soll denn jahrelange Arbeit umsonst gewesen sein?

Haben wir denn alle Dackel umsonst gebissen?!

Aber diese Asylanten haben es geschafft, daß man für sie extra das deutsche Grundgesetz ändern will. Bei aller Anstrengung unsererseits ist uns solch großartiger Propagandaerfolg nicht ver gönnt gewesen.

Die Abwehrhaltung der Deutschen gegenüber beiden Übeln, Asylanten und „Gastarbeitern“ ist fast identisch:

Familien lassen ihre Kinder nicht mehr zur Schule, wenn in der Klasse eine von beiden Krankheiten vorkommt. Früher hieß es in der Boulevardpresse: „Gastarbeiter stach mit dem Messer!“

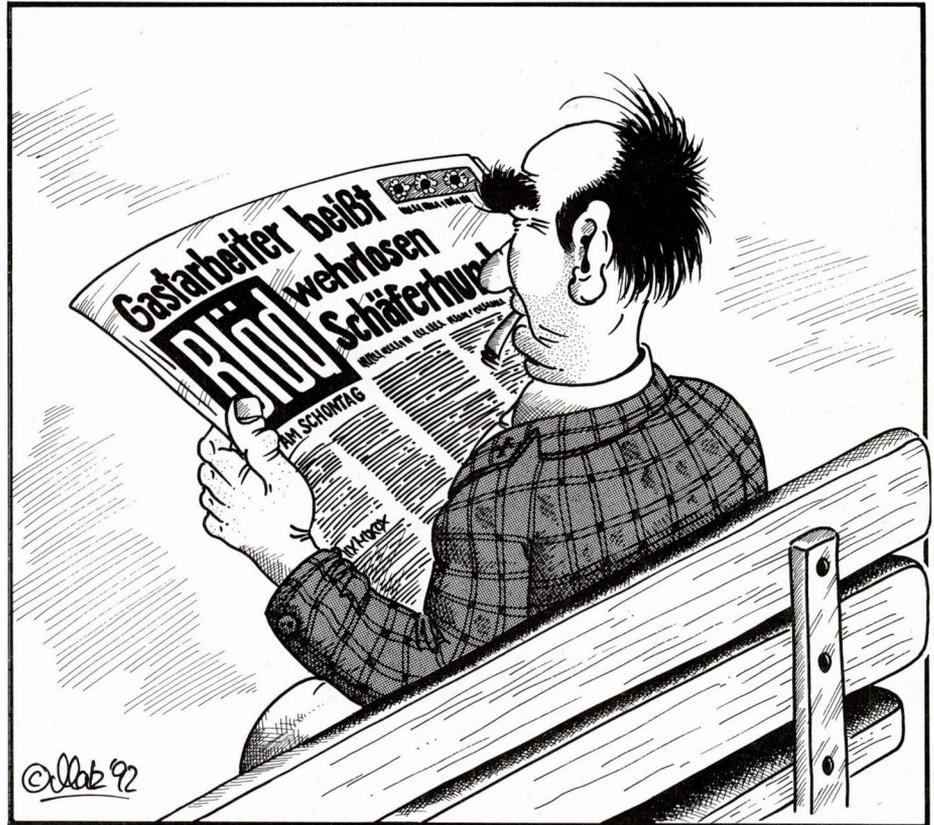
Oder: „Gastarbeiter beißt wehrlosen Schäferhund!“ Aber heute liest man:

„Sturmflut! Berlin von Asylanten überschwemmt! Die letzten Deutschen retten sich verzweifelt auf die Spitze des Funkturms!“

Wie dem auch sei, neuerdings werden die Asylanten unverschämterweise noch mehr diskriminiert als wir „Gastarbeiter“. Obwohl sie nichts geleistet haben, womit sie das verdient hätten.

## Alle Dackel umsonst gebissen

Von Osman Engin \*



Wir hingegen haben uns all die Jahre von ganzem Herzen bemüht, von allen am besten gehaßt zu werden, (denn, wie jeder weiß, sind wir an der Ausländerfeindlichkeit selbst schuld). Wir haben den Deutschen alle Arbeitsplätze weggenommen und dieses schöne Land mit Messerstechern zugeschüttet. In aufopfernder Selbstlosigkeit habe ich allen Deutschen ihre Frauen weggenommen und pro Jahr mindestens 365 (alle vier Jahre 366) germanische Jungfrauen geschändet und geschwängert. Wegen uns gibt es sogar kaum Sommer in Deutschland (neuerdings auch kaum noch Winter!).

Was haben, verglichen damit, die Asylanten geleistet? Ganz wenig, um nicht zu sagen, fast überhaupt nichts! Die haben sich lediglich die Mühe gemacht, etwas gefoltert und verfolgt zu werden. Als wenn das was besonders Schwieriges wäre! Das schaffen wir „Gastarbeiter“ doch mit links.

Wie man sieht, die Ungerechtigkeit liegt auf der Hand.

Ooohh Deutschland, Du Land der tau-

send Ungerechtigkeiten und bitteren Tränen. Wie hast Du mich enttäuscht.

Aber diese Deutschen sollen nicht glauben, daß wir uns unsere mühsam erworbenen Rechte kampflos entreißen lassen. Wir werden nicht nachlassen in unserem gerechten Kampf, die mit Abstand diskriminierteste Minderheit in Deutschland zu sein, bis wir es wieder sind. Um dieses hohe Ziel zu erreichen, muß die Minderheitenfrage von uns „Gastarbeitern“ konsequent strengwissenschaftlich analysiert werden.

Wie können wir uns unseren harterkämpften ersten Platz wieder zurückerobern? Indem wir die Asylanten mit ihren eigenen Waffen schlagen. Jeder „Gastarbeiter“ muß sich ein wenig foltern und verfolgen lassen. Egal wie. Denn als asylsuchender „Gastarbeiter“ wären wir besonders bevorzugt! Eine Diskriminierung hoch zwei könnten wir uns dadurch garantieren. Ein wahrlich erstrebenswertes Ziel! ■

\* Osman Engin, Jg. 1960, wurde in der Türkei geboren und lebt seit 1973 in Bremen.

Kairos Europa 1992

## „Parlament von unten“ in Strasbourg

Von Christine Voss, Zürich

Fünf Tage lang, vom 5.-10. Juni, hat sich in Strasbourg ein „Parlament von unten“ getroffen, hat Erfahrungen ausgetauscht, diskutiert und Forderungen erarbeitet. Rund 800 Personen aus 52 Ländern waren angereist: Delegierte aus fast allen europäischen Ländern sowie Gäste aus Lateinamerika, Asien, Afrika und der Karibik. Sie repräsentierten Randgruppen, ethnische Minderheiten, Benachteiligte und solche, die sich für Benachteiligte einsetzen. Einge-laden waren sie von Kairos Europa, einem europäischen Netzwerk, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Anliegen sozial schwacher und ausgegrenzter Menschen innerhalb und außerhalb Europas in die laufenden Europa-Verhandlungen einzubringen. (s. Kasten)

In Strasbourg, im „Parlament von unten“, sollten einmal diejenigen ihre Geschichte erzählen, ihre Bedürfnisse formulieren und ihre Rechte einklagen können, deren Stimme sonst nicht oder wenig gehört wird.

Auf diese Weise sollte auch der „konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ über die Erklärungen der Ökumenischen Versammlungen in Basel und Seoul hinaus konkret weitergeführt werden.

### Welche Freiheiten bringt der „freie Markt“?

Mehr als die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gemäß den Vorgaben des internationalen Koordinierungsausschusses „Direktbetroffene“: Arbeitslose, Obdachlose, Kleinbauern, FabrikarbeiterInnen, Migrant\*innen und Asylsuchende. Sie sind diejenigen, die den „freien Markt“, der durch die Entstehung des EG-Binnenmarktes vorangetrieben wird, nicht als frei erleben, sondern als Verschärfung ihrer ohnehin benachteiligten Situation. Das „Parlament von unten“ sollte dazu beitragen, beispielhaft den Gestaltungsprozess eines Europas von unten nach oben sichtbar werden zu lassen. Hier sollten die Bedürfnisse der Menschen, die in diesem Europa leben, genauso aber auch die Situation der durch die EG ausgegrenzten „Dritten Welt“ genannt werden können.

Zu diesem Zweck wurde während zwei Tagen in Kleingruppen gearbeitet. Die Gruppen hatten sich nach fünf Grundbedürfnissen zu sog. Kommissionen zusammengeschlossen. Nahrung, Wohnung und Umwelt, Arbeit, freie Wahl des Wohnortes und kulturelle Identität. Die Forderungen, die aus der Gruppenarbeit

herauswuchsen, wurden in den folgenden Tagen an die Öffentlichkeit getragen: durch eine Demonstration mit 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor dem Europa-Parlament, durch verschiedene Treffen mit europäischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und in Form einer Botschaft, die eine Jugenddelegation nach Brüssel brachte.

Wohl kaum wurde bis jetzt die Ausgrenzung der Benachteiligten so deutlich benannt und so konsequent von einer abstrakten auf eine erfahrbare Ebene gebracht wie im Plenum des Volksparlamentes am Pfingstmontag. Bauern erzählten von der Bedrohung ihrer Existenz, ein Arbeitsloser aus der ehemaligen DDR von seinen enttäuschten Hoffnungen, Frauen von der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und ihrem Körper, Kinder aus armutsbetroffenen Familien von ihren schwierigen Wohnverhältnissen, von Ausgrenzung in der Schule und Kinderarbeit, z. B. in Portugal.



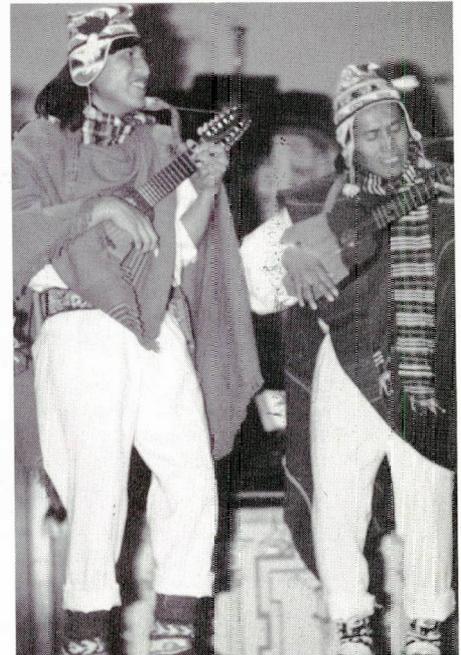
Kairos-TeilnehmerInnen bei einer Kundgebung vor dem Strasbourger Münster. ➤



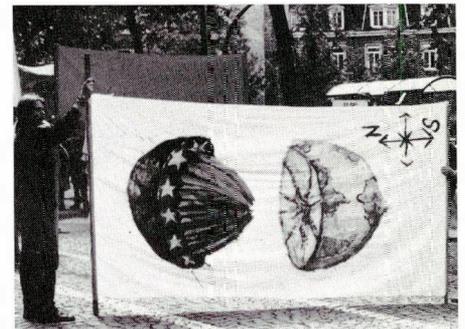
Kairos Europa: Netzwerke von unten statt Politik von oben.



Fotos: Esther Suter



Kairos-Europa war auch ein buntes Fest und es gab jede Menge Musik.



„Zitranenpresse“ – der (reiche) Norden preßt den (armen) Süden aus.

## Neue Bündnisse

Ein entscheidender Schritt in diesem „Prozeß“, wie sich Kairos Europa selber bezeichnet, war das Sichtbarmachen von Gemeinsamkeiten bei diesen Problemen. Kleinbauern aus der „Ersten“ und der „Dritten Welt“ stellten fest, wie ähnlich ihre Probleme gelagert sind. Um gegen eine einseitig ausgerichtete Entwicklung Widerstand zu leisten, haben sich Bündnisse über Kontinente hinweg ergeben: Polnische und bolivianische Bauern zum Beispiel haben sich mit Bauern aus Spanien und Holland darüber unterhalten, wie sie gemeinsam gegen den Druck der Agro-Industrie und der Banken vorgehen können. VertreterInnen aus ehemaligen Ostblockländern und Initiativen aus der Karibik wehrten sich gegen die Lagerung von Sondermüll in ihren Ländern. Auch die übergreifenden Zusammenhänge verschiedener Problemkreise wurden sichtbar: Arbeitslose und Flüchtlinge, die gleichermaßen durch Wohnungsnot betroffen sind; landlose Bauern und MigrantInnen, die ihre kulturelle Identität verlieren; durch Kleinkredite verschuldete Menschen in Europa und durch die Verschuldung ihrer Länder betroffene Menschen in der „Dritten Welt“. Die gleichen Kräfte, die den Süden ausgrenzen, sind auch in Europa am Werk – diese Feststellung schuf neue Verbindungen und öffnete die Augen für gemeinsame Strategien. Als Wurzel der Probleme wurde ein Wirtschaftssystem gesehen, das nicht auf

die Sicherung der Grundbedürfnisse der Menschen und der natürlichen Lebensgrundlagen (auch der zukünftigen Generationen), sondern auf Geld- und Machtvermehrung der wenigen Besitzenden ausgerichtet ist.

## Forderungen

In einer Schlußerklärung forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung „ein Europa für Gerechtigkeit“ und meinten damit unter anderem: eine Ökonomie, die weder die Menschen noch unseren Planeten Erde ausbeutet, eine Landwirtschaft, die ökologischen Kriterien entspricht, das Recht auf Arbeit und die Streichung der Schulden sowie gerechte Handelsbedingungen für die „Dritte Welt“. Zusammen mit den Delegationen aus Übersee bekräftigten die Anwesenden ihre Vision eines anderen Europas: „Wir wollen keine Festung Europa als Fortsetzung alter kolonialer Herrschaftsansprüche. Wir wollen ein Europa der Gerechtigkeit mit offenen Grenzen zu anderen Kontinenten hin, eingefügt in eine menschliche Weltgesellschaft.“

Im September wird sich der internationale Koordinierungsausschuss von „Kairos Europa“ treffen, um die Ergebnisse der Strasbourger Versammlung auszuwerten und die Weiterarbeit an einem „Europa für Gerechtigkeit“ zu planen.

## Was ist Kairos?

Wörtlich bedeutet der ursprünglich griechische Ausdruck „Kairos“ soviel wie: Der Augenblick der Entscheidung. Die Kairos-Bewegung entstand 1985 als gezielter Aflfront gegen eine Kirche, die lediglich Sowohl-als-auch-Positionen bezieht und letztlich still mit den Mächtigen schreitet.

Die Südafrikanischen Kirchen haben 1985 den Anfang gemacht. Mit dem Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates, Frank Chikane, erklärten sie, man müsse zwischen einer „Staats-theologie“, die die Regierung stütze, einer „Kirchentheologie“, die den Ausgleich suche, und einer „prophetischen Theologie“ unterscheiden. Letztere sei parteilich, stehe auf Seiten der Entrechteten und Armen und nehme Teil an deren Engagement für Gerechtigkeit und Frieden. Als Kairos-Papier ist diese Veröffentlichung aus Südafrika bekannt geworden: Jetzt sei die Zeit reif zur Umkehr, zu klaren Schritten, zur Parteinahme der Kirche.  
Gottfried Peters

# Indianische Welten

**Buchtips im „Kolumbus-Jahr“**

Vorgestellt von Elisabeth Schneider, Speyer

Als Kolumbus 1492 Amerika „entdeckte“, lebten dort 80 Millionen Ureinwohner – fälschlich als „Indianer“ bezeichnet. Heute fristen dort noch ca. 80.000 Indianer ihr Dasein, davon die Hälfte in den sogenannten Schutzgebieten, den Reservaten.

Es gab vor der europäischen Invasion in den Ebenen des Westens ca. 60 Millionen Büffel, die bis ins 19. Jh. so weit dezimiert wurden, daß man sie von der Liste der lebenden Tiere streichen mußte. Heute gibt es in den Nationalparks wieder ca. 3.000 Bisons.

Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Indianers liegt ca. 50 % unter der von den USA festgesetzten „nationalen Armutsgrenze“, die Selbstmordquote bei den Indianern ist 15mal höher als der US-Durchschnitt.

Seit Beginn der englisch-französischen Kolonialkriege bis zu den Weltkriegen unseres Jahrhunderts mußten Indianer als Soldaten für die Weißen kämpfen – die amerikanische Staatsbürgerschaft erhielten sie jedoch erst 1924. Wegen der großen Kohle- und Uranvorkommen in einigen US-Reservaten plant das amerikanische Parlament eine Änderung des Grundgesetzes, um die bisher verbotene Enteignung von Reservatsland zu legalisieren. In einigen Reservaten werden Atomtests durchgeführt, andere dienen als Übungsgelände für Tiefflüge in 30 m Höhe.

Die hier angeführten Fakten (die Liste ließe sich seitenlang fortsetzen) belegen den 1492 eingeleiteten und bis heute andauernden Genozid an den Indianern und die damit einhergehende Zerstörung und Ausbeutung ihres natürlichen Lebensraums (jüngstes Beispiel: die Yanomami-Indianer Brasiliens). Angesichts dieses Tatbestands empfinde ich – mit vielen andern – die Jubel-Trübel-Siegesfeiern zum Kolumbus-Jahr als skandalös.



Wer sich eingehender mit der Lebens- und Leidensgeschichte der indianischen Völker beschäftigen will, dem seien im folgenden einige Bücher zum Thema empfohlen – die Auswahl muß

sich auf wenige Titel beschränken, die jedoch ein möglichst vielseitiges Bild der aussterbenden indianischen Welt vermitteln.

„Der weiße Mann gab uns viele versprechen er hielt nur eines er sagte er würde uns das Land nehmen und tat es“

heißt es in einem Gedicht von Lance Henson, Cheyenne-Indianer in Oklahoma, zu finden in der hervorragenden, mit Fotos und informativen Begleittexten ausgestatteten Sammlung von Indianertexten der Gegenwart: **Auch das Gras hat ein Lied** (Herder Verlag Wien/Freiburg/Basel, 1988).

Eine weitere Textsammlung ist unter dem Titel **Der Erde eine Stimme geben** (hrsg. v. C. Biegert, rororo aktuell, 1987, Preise s. S. 29) erschienen;

überlieferte Mythen enthält der Band **Märchen der nordamerikanischen Indianer** (hrsg. v. G. A. Konitzky, rororo 1992).



Derzeit gibt es noch ca. 150 verschiedene indianische Sprachen, die nur mündlich gebraucht werden. Um einem breiteren Publikum indianische Literatur zu vermitteln, müssen sich indianische Schriftsteller der Sprache ihrer Eroberer und Unterdrücker bedienen (englisch, spanisch).

Einer, der die Sprache der Weißen erlernt hat, um einer großen Leserschaft das Schicksal seines Volkes nahezubringen, war der Blackfoot-Indianer Hauptling Büffelkind Langspeer (1890–1932).

Er gehörte zu den letzten Indianern seines Stammes, die noch in Freiheit aufgewachsen waren und erst als Jugendliche um 1900 in ein Reservat „umgesiedelt“ wurden. Wer sich ein authentisches Bild jener Zeit machen will, sollte unbedingt seine Autobiographie **Hauptling Büffelkind Langspeer erzählt sein Leben** (Lamuv Verlag, Göttingen 1991) lesen – sie diente übrigens häufig als Grundlage für die fiktionale Beschäftigung mit dem Thema, vor allem im Bereich Jugendbuch und Film.

Die einzelnen Kapitel „Erste Erinnerungen“, „Schwör bei dem Horn“, „Die sieben Zaubertente“, „Das Werden eines Kriegers“ u. a. beschreiben – aus der naiv-kindlichen Sicht des damals Zehnjährigen – Kindererziehung, Mythen, religiöse Riten, aber auch Jagdabenteuer und Beutezüge der Schwarzfüße. Für mich ist es eines der beeindruckendsten zeitgeschichtlichen Dokumente, in dem vor allem auch die auf jahrtausendealter Erfahrung basierende Weisheit der Indianer zum Ausdruck kommt.

Als Beispiel für den klugen Umgang der Indianer mit den weißen Landkäufern sei hier eine der schönsten Begebenheiten zitiert:

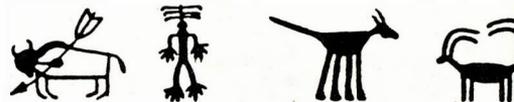
### Das Büffelfell des Weißen Mannes

*Als wir jenen Herbst den Milchfluß nah an der Grenze von Montana und den Nordwestlichen Territorien erreichten, kamen einige Weiße Männer in unser Lager, um mit uns einen Vertrag zu schließen; sie wollten unser Land für Dollarscheine kaufen und uns ein Schutzgebiet mit anderen Indianern geben. Sie sagten, alle Stämme südlich und östlich von uns hätten schon mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und Kanadas Verträge geschlossen, lebten nun auf ihren Schutzgebieten und hätten es dort gut. Sie rieten uns auch, unser Umherstreifen aufzugeben und uns an einem Orte niederzulassen. Sie breiteten ihre Dollarscheine auf der Erde aus und sprachen:*

*„Dies sind die ‚Büffel‘ – das Geld – des Weißen Mannes.“ (Die Indianer hatten beim Tauschen Büffelhide als Geld verwendet.) Sie sagten: „Die Sioux-Indianer nennen dieses Geld Masa-ska – weißes Metall –, weil sie wissen, daß sie es für Münzgeld umtauschen können, mit dem man alles kauft, was der Weiße besitzt. Es hat großen Wert, und ihr müßt es von jetzt an verwenden.“*

*Unser Häuptling nahm einen der Dollarscheine in die Hand, das Bild eines Mannes mit einem Kahlkopf war darauf. Er betrachtete unsere Krieger, die neben ihm standen, und sprach: „Wir werden dies Stikikinasasi – Kahlkopf – nennen.“ Seit der Zeit heißt der Dollarschein unter den Schwarzfüßen „Kahlkopf“.*

*Nachdem der weiße Häuptling sein ganzes Geld auf der Erde ausgebreitet und gezeigt hatte, wieviel er uns für die Unterzeichnung eines Vertrages geben würde, nahm unser Häuptling eine Handvoll Lehm, machte einen Ballen daraus, legte den auf das Feuer und röstete ihn. Die Lehmkugel zersprang nicht. Dann sprach*



*er zu dem weißen Häuptling:*

*„Nun gib mir eine Handvoll von deinem Gelde, wir wollen es neben dem Lehm auf das Feuer legen. Was dann am schnellsten verbrennt, hat am wenigsten Wert.“*

*Der weiße Häuptling sprach: „Mein Geld wird am schnellsten verbrennen, weil es aus Papier ist; also können wir das nicht tun.“*

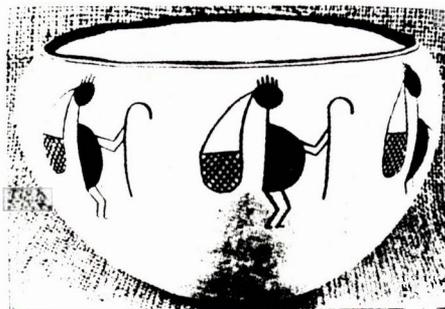
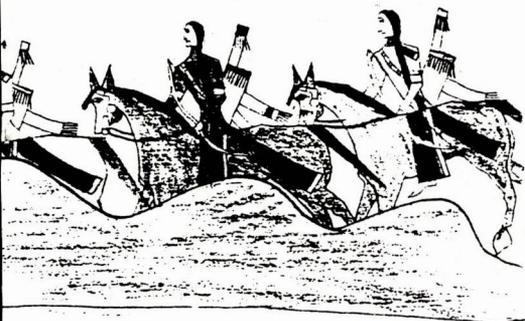
*Daraufhin griff unser Häuptling in seinen Gürtel und holte einen kleinen hirschledernen Beutel voll Sand heraus. Den gab er dem weißen Häuptling und sprach: „Gib mir dein Geld. Ich werde das Geld zählen, während du die Sandkörner zählst. Das, was sich am schnellsten zählen läßt, wird das Mindere sein.“*

*Der weiße Häuptling nahm den Sand, goß ihn auf seine Handfläche, betrachtete ihn und sprach: „Ich würde nicht lange genug leben, dies zu zählen; du aber könntest das Geld rasch zählen.“*

*„Dann“, sprach unser Häuptling, „ist unser Land mehr wert als dein Geld. Es wird ewig bleiben. Es wird nicht in den Flammen vergehen. Solange die Sonne scheint und das Wasser fließt, wird dies Land hier sein und wird Menschen und Tieren Leben spenden. Wir können nicht das Leben von Menschen und Tieren verkaufen, darum können wir nicht dies Land verkaufen. Der Große Geist schuf es hier für uns, wir können es nicht verkaufen, weil es uns nicht gehört. Ihr könnt euer Geld zählen und es verbrennen, während ein Büffel mit dem Kopf nickt; doch nur der Große Geist kann die Sandkörner und die Grashalme auf dieser Prärie zählen. Als Geschenk werden wir euch gern irgend etwas aus unserem Besitz geben, das ihr dann mitnehmen könnt, aber das Land nie.“*



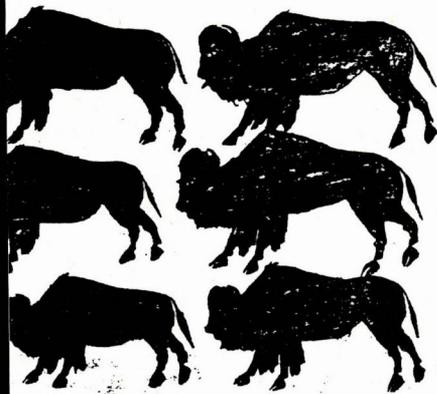
Begleitend dazu empfiehlt sich ein Blick in den Fotoband von P. R. Flemming und J. Luskey: **Die nordamerikanischen Indianer in frühen Photographien** (Verlag C. H. Beck 1992). In erschütternden Bildern wird hier die Vereinnahmung indianischer Kultur durch die weiße „Zivilisation“ deutlich; ergänzt sind die Fotos durch informative Texte, Übersichts-karten und eine Zeittafel.



und die starke Symbolsprache auf sich wirken lassen. Die Teile 2 und 3 halten in Text und Bild die Vielfalt indianischer Kunst von den Inuit im Norden bis zu den Pueblo-Indianern Mittelamerikas fest.

Ähnliches bietet auch das derzeit umfassendste Kunstlexikon **Indianische Kunst im 20. Jahrhundert** (hrsg. v. G. Hoffmann, Prestel Verlag München 1985. Leider zu teuer, um es selbst anzuschaffen, sicher in guten Leihbibliotheken zu finden). Neben einem Überblick über die Malerei enthält es viele Abbildungen von traditionellem Kunsthandwerk, wie z. B. dem Silberschmuck der Zuni und den weltberühmten Keramiken der Hopi.

Der Handel mit wertvollen indianischen Kunstschätzen blüht, muß aber sehr kritisch beurteilt werden, handelt es sich doch oft um Diebesgut, mit dem Weiße Profit machen, ohne die Künstler am Gewinn zu beteiligen. Mit Erfolg bemühen sich in jüngster Zeit zahlreiche Indianerstämme darum, die ihnen geraubten Kultgegenstände von den großen Museen der Welt zurückzufordern (wie gerade im Karl-May-Museum Radebeul geschehen!).



Für alle, die sich ein umfassendes historisches Bild zum Thema machen wollen, eignet sich die Lektüre bzw. das Betrachten des Taschenbuchs von Ph. Jacquin: **Indianerland**

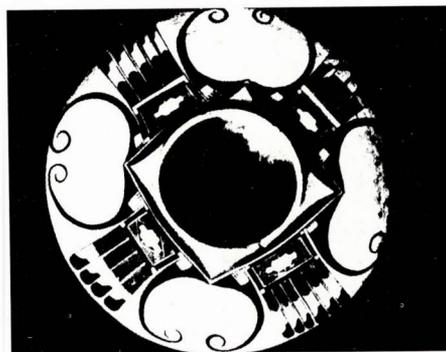
(Abenteuer Geschichte Bd. 9, Ravensburger Taschenbuch, Maier Verlag Ravensburg 1990).

Neben der Lektüre von historischem Fakten- und Hintergrundwissen lohnt sich vor allem das Anschauen der hervorragenden reproduzierten Bilder und Indianerportraits (vor allem der im 19. Jh. entstandenen Bilder der Maler George Catlin und C. Bodmer). Im Anhang sind interessante zeitgeschichtliche Dokumente, z. B. Augenzeugenberichte von freiwillig oder unfreiwillig bei den Indianern lebenden Weißen, aufgeführt.



Mit einem ganz speziellen Aspekt der indianischen Kultur befaßt sich das von E. Bechtler-Vosečková und A. Margulies-Levy herausgegebene **Indianer Kochbuch**. 62 Rezepte aus

Nordamerika (Tanner- und Staehelin-Verlag Zürich 1980). Seine Lektüre lohnt sich vor allem wegen des kulturgeschichtlichen Anhangs: Hier werden traditionelle Kochgeräte und überlieferte Konservierungsmethoden vorgestellt, man erfährt, wie sich die Ureinwohner Amerikas vor Kolumbus ernährten und wie ihre Kochkunst unsere europäische Küche beeinflußt hat.



Mit einem wesentlichen Charakteristikum indianischen Lebens setzen sich zwei Kunstbände auseinander:

P. Baumann / M. Schließler: **Amerikas indianische Seele**

– Die Bilderwelt des roten Mannes (Econ Verlag Düsseldorf, Wien, New York 1987. Achtung: Restbestände derzeit sehr preisgünstig erhältlich!).

Dieses reich bebilderte Buch bietet im 1. Teil unter der Überschrift „Die Kunst, Indianer zu bleiben“ einen hervorragenden Querschnitt indianischer moderner Kunst. Hier kann man die klaren, kontrastreichen Farben (traditionell herrschen Rot-, Schwarz- und Türkistöne vor)



Allen hier von mir vorgestellten Büchern ist eines gemeinsam: Sie zeigen zum einen auf erschütternde Weise die Auswirkungen der weißen Eroberer-Zivilisation auf die Ureinwohner

Amerikas, zum andern rücken sie das weitverbreitete Bild von den „kriegerischen Rothäuten“ oder „edlen Wilden“ zurecht, das geprägt ist von Karl-May-Lektüre und Wild-West(ern)-Romantik.

Sie dokumentieren aber auch den jahrtausendealten Anspruch der Indianer, mit der Umwelt in Frieden und mit der Natur im Einklang zu leben, so wie es schon 1853 der Duwamish-Häuptling Seattle in seiner berühmten Rede an den amerikanischen Präsidenten in Washington formulierte: „Wir sind ein Teil der Erde, und sie ist ein Teil von uns.“



## KDV-International

### Belgien

In Belgien soll vom 1. Januar 1994 an die Wehrpflicht abgeschafft werden. Im Rahmen einer umfassenden Reform der belgischen Streitkräfte soll die Armee um fast die Hälfte auf rund 40000 Berufssoldaten zurückgeschrumpft werden. Die Wehrpflicht soll zunächst „für eine unbestimmte Dauer“ abgeschafft werden, hieß es in Brüssel. Im nächsten Jahr soll der Wehrdienst übergangsweise schon von zehn auf sechs Monate gekürzt werden. Noch nicht geklärt ist, wie in Belgien künftig mit dem Zivildienst verfahren werden soll.

### Zivildienst in der Schweiz

Fast anderthalb Millionen Schweizerinnen und Schweizer sprachen sich am 17. Mai für die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes für Militärdienstverweigerer aus, das waren insgesamt 82,5 Prozent der Abstimmenden, im Kanton Basel sogar 92 Prozent. Bisher wurden Schweizer Kriegsdienstverweigerer von Militärgerichten zu Gefängnisstrafen von bis zu 14 Monaten oder – seit letztem Jahr – zu einer Arbeitsleistung im öffentlichen Interesse von bis zu zwei Jahren verpflichtet.

Das Ja der Schweizerinnen und Schweizer zum Zivildienst ändert daran vorläufig aber nichts. Frühestens 1995, wenn die entsprechenden Ausführungsgesetze ausgearbeitet und in Kraft getreten sind, werden die Militärgerichte nichts mehr mit Kriegsdienstverweigerern zu tun haben.

Dieses offensichtliche Mißverhältnis hat nun einige fortschrittliche Politiker dazu motiviert, von sich aus zu handeln. In einigen Kantonen können zu Gefängnisstrafen verurteilte Verweigerer den Aufschub des Strafvollzugs verlangen, in der Hoffnung, daß in den nächsten vier Jahren auch für sie das Zivildienstgesetz in Kraft tritt.

17 Nationalräte und Nationalrätinnen ersuchten den Bundesrat zu dem, bis zur Einführung des zivilen Ersatzdienstes ein Moratorium für die Verurteilung der Militärdienst- und -pflichtersatzverweigerer aus Gewissensgründen zuzuordnen. Vom Bundesrat und dann auch vom Parlament wurde der Vorstoß nun kürzlich abgelehnt.

Bereits begonnen hat die Auseinandersetzung darüber, wie der Zivildienst aussehen soll. Militärminister Villiger will auf Kombination von Wissensprüfung und verlängerter Dienstdauer bestehen, weil er sonst um seine Heeresbestände fürchtet.

In der Schweizer Bundesverwaltung hat sich aber sonst vorwiegend die Meinung durchgesetzt, man solle den Zivildienst weitgehend nach dem deutschen Vorbild ausgestalten. Selbst die Beamten im Militärdepartement (EMD) sprechen sich nun eher gegen die Gewissensprüfung aus, wollen aber eine deutlich verlängerte Zivildienstdauer. Diese solle aber nicht definitiv festgelegt, sondern nach Bedürfnislage vom Bundesrat bestimmt werden. Beim Auftauchen von ernsthaften Zweifeln – z. B. wegen seines Vorlebens – müsse ein Zivildienstwilliger seine Ernsthaftigkeit vor einer zivilen Kommission glaubhaft zu machen haben.

Das Schweizer Komitee für einen echten Zivildienst, ein Zusammenschluß von Kriegsdiensstverweigerern, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften, setzt sich gegen solche Prüfungsverfahren ein. Auch soll die Gesamtdauer des Zivildienstes der Zeitspanne der noch zu leistenden Militär- und Zivilschutzdienste entsprechen, was heute, bei Verweigerung aller militärischen Dienste, etwa 55 Wochen bedeuten würde.

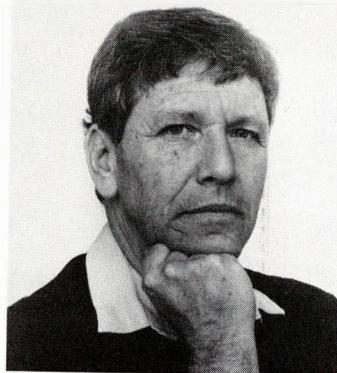
Ruedi Winet, Zürich

## Friedenspreise

### Aachener Preis für Menschenrechtsgruppe und Rüstungsexport-Gegner

Den Aachener Friedenspreis werden in diesem Jahr die dominikanischen Menschenrechtsgruppe „Copadeba“ (Santo Domingo) und die Projektgruppe „Rüstungsexport“ (Idstein/Taunus) erhalten. Das teilte der Vorsitzende des Friedenspreises, Albrecht Bausch, Anfang Mai in Aachen mit. In der Gruppe „Copadeba“ haben sich vor allem Christen aus Basisgemeinden zusammengeschlossen, die sich gegen die systematische Zerstörung der Armenviertel wehren.

Die Projektgruppe „Rüstungsexport“, die 1979 durch fünf Mitglieder der katholischen Friedensbewegung Pax Christi gegründet wurde, sammelt seitdem Informationen zu diesem Thema, veröffentlicht Broschüren und organisiert Ausstellungen. Der Preis wird am Antikriegstag, dem 1. September, verliehen. Er wird getragen von rund 200 Einzelpersonen und Gruppen, darunter die Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges und die Gustav-Heinemann-Initiative.



Amos Oz

Foto: Ekko v. Schwichow

### Friedenspreis des deutschen Buchhandels für Amos Oz

Den diesjährigen Friedenspreis des deutschen Buchhandels wird am 4. Oktober in der Frankfurter Paulskirche der israelische Schriftsteller und Professor für Hebräische Literatur, Amos Oz, erhalten. Amos Oz ist Mitbegründer der israelischen Friedensbewegung „Shalom achschaw“ (Frieden jetzt), die sich für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser einsetzt.

### IPPNW-Friedenspreis an „Darmstädter Signal“

„Stellvertretend für alle Soldaten, die sich kritisch mit den Konsequenzen ihres Berufes auseinandersetzen“ nahm der Sprecher des Arbeitskreises „Darmstädter Signal“, Major Helmut Prieß, im Juni den diesjährigen Friedenspreis der „Internationalen Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges“ (IPPNW) entgegen. Gegen Major Prieß und 21 weitere Mitglieder des kritischen Soldaten-Arbeitskreises wurden wehrdisziplinargerichtliche Verfahren angestrengt, nachdem sie die Aussage „alle Soldaten sind potentielle Mörder“ in einer öffentlichen Erklärung für „inhaltlich richtig“ hielten (wub berichtete in Nr. 1/92).



Santo Domingo: Die mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnete Gruppe „Copadeba“ unterhält in den Armenvierteln auch genossenschaftlich organisierte Einkaufsläden.

Foto: KNA

## Termine

### Friedensdekade

Unter dem Motto „Eine Kultur der Gewaltfreiheit entwickeln: Die Alternative für Europa“ steht der Aufruf zur diesjährigen 13. Ökumenischen Dekade für Frieden und Gerechtigkeit. In der Zeit vom 8.–18. November werden im gesamten Bundesgebiet Veranstaltungen von zahlreichen Gemeinden, Gruppen und Organisationen durchgeführt.

Informationen und schriftliche Materialien zur Friedensdekade können bestellt werden bei: Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden (AGDF), Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1 (z. B. „Der Friedensanzeiger“, DM 1,60 in Briefmarken).

### Christlicher Pazifismus

„Christlicher Pazifismus als friedensethische Herausforderung“ ist das Thema eines Studientages, zu dem die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) einlädt. Der Studientag findet statt am 29. September in Friedrichroda/Thüringen. Anmeldung: EAK Bremen, Carl-Schurz-Str. 17, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/344037.

### Steuern zu Pflugscharen

Zum Thema Kriegssteuerverweigerung aus Gewissensgründen veranstaltet die ökumenische Aktion „Steuern zu Pflugscharen“ in Zusammenarbeit mit anderen Friedensgruppen ein Wochenendseminar. Die Veranstaltung trägt das Motto: „Gebt dem Kaiser nicht was Gott gebührt!“ und findet vom Freitag, 2.10., 18.00 Uhr bis Sonntag, 4.10.92, 13.00 Uhr in Wuppertal statt.

Infos und Anmeldungen bei: Pfarrer Martin Arnold, Weißestr. 4, 4300 Essen 1

## Neu erschienen

### Internationaler Fotoworkshop

Amateurfotografen aus Deutschland und aus Polen werden von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V. zu einem Workshop in die Internationale Begegnungsstätte Auschwitz eingeladen. Die Teilnehmer wollen gemeinsam fotografieren, diskutieren, Ausflüge in die Umgebung unternehmen, im Labor die Filme entwickeln und eine Gesamtausstellung vorbereiten. Zeit: 26.08.-05.09.92. Anmeldung und weitere Infos bei: Anja Mittermaier, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste Lebensstraße 1, 1000 Berlin 1, Tel.: 030/31 02 61,

### Hoffnungsvolles

#### Forschungsprojekt zur Gewaltlosigkeit

Die europäischen Kirchen wollen ein Forschungsprojekt über den kirchlichen Beitrag zu einer „Kultur der Gewaltlosigkeit“ beginnen. Diesen Beschluß faßte die gemeinsame Arbeitsgruppe der Konferenz Europäischer Kirchen und des Rates der Europäischen Bischofskonferenz zum konziliaren Prozeß über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Genf.

Man wolle durch das Projekt u. a. herausfinden, welchen Beitrag die Kirchen Europas zur Lösung von nationalen, ethischen oder konfessionellen Konflikten leisten können. Weitere Themen des Projekts sollen Rüstungskonversion, die kirchlichen Friedensdienste und die Friedensziehung sein.

#### Schweizer gegen Kampfflugzeuge

Genau 503 719 Schweizerinnen und Schweizer, das sind 11,2 Prozent der Stimmberechtigten, unterschrieben zwischen dem 1. Mai und dem Stichtag 1. Juni das Volksbegehren gegen den von der Berner Regierung geplanten Kauf von 34 amerikanischen Kampfflugzeugen des Typs F/A-18. Zeitraum und Zahl der Unterschriften stellen seit Einführung des Rechts auf Volksbegehren im Jahre 1891 einen absoluten Rekord dar.

### Berichtigung

wub 2/92, S. 24, „Portrait“: In der mittleren Spalte, vierte Zeile von unten, muß es richtig heißen: „Gerade weil er die schlimme Wirklichkeit (statt Wahrheit) kannte, drängte es ihn, sie zu verändern.“

#### Kriegsdienstverweigerung

Deutsche Jugendpresse e. V. (Hg.) „Kriegsdienstverweigerung“. Konzept und Redaktion: Sebastian Berger. Broschüre DIN A4, 80 S., Bonn 1992, Preis s. S. 29.

Weil zunehmend zu beobachten sei, daß die jungen Männer nur noch scharf drauf wären, möglichst schnell ihre Anerkennung als KDVer zu kriegen, ohne sich intensiver mit der Thematik „Krieg und Frieden“ auseinanderzusetzen, wollte die Deutsche Jugendpresse gegensteuern und einen umfassenden Überblick zur Problematik liefern. Mit ihrer inzwischen aufgelegten Broschüre „Kriegsdienstverweigerung“ wenden sich die Herausgeber daher in erster Linie an „Multiplikatoren“ aus der Jugendarbeit, an LehrerInnen, ReligionspädagogInnen, PfarrerInnen... – und tatsächlich, eben dort wäre sie auch in den richtigen Händen, denn: In dem gut illustrierten Heft steht so ziemlich das drin, was wir als Schüler oder Azubis über die Wehrpflicht, die KDV, den Zivildienst und den Wehrdienst eben nicht erfahren haben. Oder: Hatte jemand die Chance, im Schulunterricht vielleicht, etwas vom Schicksal eines Deserteurs aus dem 2. Weltkrieg zu hören, der – wie Ludwig Baumann über seine Geschichte in der Broschüre schreibt – 4 Monate in einer Zuchthauszelle saß, das Todesurteil im Nacken, und jeden Morgen zusammenzuckte, wenn die Wachen wechselten: „Jetzt holen sie dich raus!“ Oder: Wo gab's die Möglichkeit, beim Thema „Bundeswehr“ in aller Offenheit über Alkohol beim Bund und die freitägliche „Nato-Rallye“ zu diskutieren? Hat jemand – vor dem Zivildienst – irgendwo etwas über die Einplanung der Zivs in die Zivilverteidigung gelesen? Oder über Totalverweigerung: Warum machen die das? Warum gehen die freiwillig ins Gefängnis? Und wie sieht so ein Tagesablauf im Knast aus? ...

Das sind nur ein paar Beispiele aus dem umfangreichen Inhalt der Broschüre, die sich erfreulicherweise nicht nur mit dem allseits Bekannten, sondern auch mit den wenig ausgeleuchteten Randbereichen des Themas befaßt. Und es geht den AutorInnen nicht nur um die Gegenwart, sondern auch um die Frage: Wie geht's weiter? Mit der Wehrpflicht zum Beispiel? Oder, wie Dorothee Sölle fragt, mit der Friedensbewegung? Daß die Broschüre im Anhang ausführlich Adressen, Bücher und Zeit-

schriften zum Thema nennt, versteht sich fast schon von selbst. Alles in allem: Nicht nur für „Multiplikatoren“, auch zur eigenen „Nachhilfe“ sehr empfehlenswert. W. Sch.

#### Sag! Nein

Der Freundeskreis der Wehrdiensttotalverweigerer und der Verein „Mit uns gegen die Wehrpflicht“ bringen jetzt gemeinsam eine Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer heraus, Titel: „Sag! Nein“. Die erste Nummer mit 42 Seiten ist erschienen und kann bestellt werden bei: Denk-Stein Verlag, Uwe Erdmann Alt Moabit 55c, W-1000 Berlin 21

#### Brennpunkt Europa

Der Ost-West-Konflikt ist zu Ende – aber die gewaltsamen Konflikte in Europa haben zugenommen. Welche Ursachen stecken jeweils dahinter? Warum gibt es in Europa soviel Haß und soviel Gewalt? Gibt es noch Chancen für ein gewaltfreies „Friedenshandeln von unten“? Fragen, auf die Uli Jäger und Ellen Krause vom Tübinger Verein für Friedenspädagogik in einer neuen Broschüre Antworten gesucht haben. „Brennpunkt Europa – Kriege, Konflikte, Friedensansätze.“ Reihe Bausteine „Für ein friedensfähiges Europa“, 40 Seiten, DIN A4, 1992. Bezug: Verein für Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen.

#### Handbuch

Vom Anerkennungsverfahren bis zu den verschiedenen Einsatzstellen im Zivildienst, vom Friedensdienst im Ausland bis zur Totalverweigerung – alles drin im „Handbuch Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst, Friedensdienst“ von Peter Mucke, das jetzt in einer überarbeiteten Neuauflage zu haben ist. Lamuv-Taschenbuch 108, Lamuv-Verlag, Göttingen.

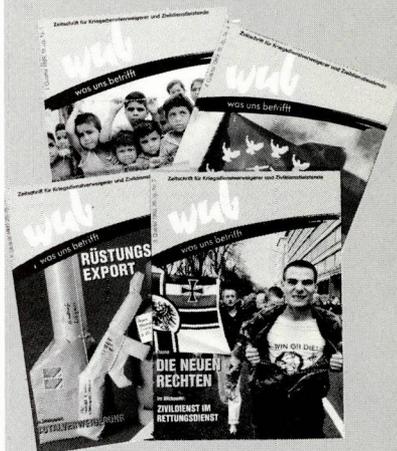
#### Konversion

„Konversion“, dabei denken wir zuerst an „Rüstungskonversion“, d. h. die Umstellung der industriellen Produktion von militärischen auf zivile Güter. „Konversion“ heißt aber Umkehr, und Umkehr – so die Autoren dieser Broschüre – hat unsere Gesellschaft nicht nur im militärischen Bereich nötig. Denkansätze und Beispiele finden sich in zwei Broschüren, die das Kommunikationszentrum Idstein herausgegeben hat. Bezug: KOMZI, Bahnhofstr. 18, 6270 Idstein. (Alle Preise s. S. 29)

# Dranbleiben! Mitreden!

# wub

## abonnieren!



Ein Jahr  
wub für DM 10,-

**Bitte beachten: Evangelische ZDLs erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugesandt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen Interessenten bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.**

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. \_\_\_\_\_ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10,- (4 Hefte einschließlich Versand).

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

(Datum, Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:  
Büro Pfarrer Helmut Schlüter  
Vertrieb „was uns betrifft“  
Barbarossaplatz 4 · 5000 Köln 1

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

## Die Zukunft des Militärs:

# „Rand- und Restgröße“

Von Volker Matthies und Wolfgang R. Vogt

Geplagt von Zukunfts- und Bestandsängsten scheint die Bundeswehrführung inzwischen vorwiegend mit der Selbstverteidigung beschäftigt. Diese richtet sich vor allem gegen „Spar-Attacken“ und Forderungen nach einer „Friedensdividende“. (...)

Die Militärs betreiben einen absurden „Rundum-Alarmismus“, dem kaum nüchterne, plausible Analysen zugrunde liegen. Da wird vieldeutig und nichtsagend über „neue Risiken“ und unwägbar „Eventualitäten“ schwadroniert. Zwar gehe es nicht mehr um eine „existentielle Bedrohung“, aber um „mögliche Stabilitätsgefährdungen“. Der Blick schweift in die große, weite Welt. Das Militär, so scheint es, definiert den „erweiterten Sicherheitsbegriff“ und seine zukünftigen Aufgaben weitgehend selbst und überläßt es der Politik, militärische Vorlagen gutzuheißen.

Solchen Tendenzen muß begegnet werden, von den neuen politischen Chefs der Bundeswehr ebenso wie von der parlamentarischen Opposition und der kritischen Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der Bundeswehr. (...)

Neue Bedrohungen – Umweltkatastrophen, Bevölkerungsexplosionen, Verteilungskonflikte im West-Ost- und Nord-Süd-Gefälle – gebieten ein grundsätzliches Umdenken in der Sicherheits- und Friedenspolitik. Es wird darauf ankommen, daß sich die Politik einer „Zivil- und Friedenslogik“ gegen die alte Politik einer „Macht- und Militärlogik“ durchsetzt. Wir verkennen dabei nicht die Realität kriegesischer Konflikte in Teilen Europas und anderen Weltregionen. Aber wir glauben, daß diesen Konflikten mit militärischen Mitteln herkömmlicher Art und traditioneller Sicherheitspolitik nicht angemessen begegnet werden kann.

Im Rahmen einer zivilisierten Sicherheits- und Friedensarchitektur muß das Militär von einer Zentralgröße zu einer Rand- und Restgröße werden. Allenfalls im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme in Europa und auf globaler Ebene haben die zukünftigen, der nationalen Verfügungsgewalt weitgehend entzogenen Sicherheitsdienste noch eine polizeiähnliche Friedensaufgabe. Sie hätten eine Ultima-ratio-Funktion: zivilisierte Verhältnisse im Gel-

tungsbereich der kollektiven Sicherheitsordnungen erhalten. Die für eine Übergangszeit noch bestehenden, wengleich drastisch reduzierten Restbestände nationaler Streitkräfte nähmen sich der Bewältigung militärischer Altlasten an: Abrüstung, Verifikation, Verschrottung, Sanierung, Konversion. Kurzum: Die militärischen Restdienste ehemaliger nationaler Streitkräfte hätten sich ihrer „Selbstabwicklung“ zu widmen. (...)

Großprojekte – wie zum Beispiel der Jäger 90 – sind sofort abzublenden. Sie widersprechen sowohl den neuen nichtmilitärischen Herausforderungen wie der desolaten Haushaltslage. Der noch immer weit überzogene Personalumfang von 370 000 Mann (nach 1994) und der überhöhte Wehretat von noch immer über fünfzig Milliarden Mark wären in den nächsten Jahren radikalen Kürzungen zu unterziehen. Auch die Wehrpflicht darf kein parteiübergreifendes Tabu mehr bleiben. ■

Die Autoren sind Friedensforscher und zivile Dozenten an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Der obige Text ist ein Auszug aus einem Aufsatz, der am 01.05.92 in der ZEIT erschien.

Foto: Joachim Röttgers, Graffiti



# BRIEFE

## AN DIE WUB-REDAKTION

### wub 2/92, Thema: Multikulturelle Gesellschaft.

ZDL Alexander, über dessen Arbeit im Wuppertaler Nachbarschaftsheim Werner Schulz berichtete, schreibt uns folgendes:

Lieber Werner,

Die letzte „wub“ – und hier vor allem das Thema „Multikulturelle Gesellschaft“ – habe ich diesmal natürlich „verschlungen“. Ich finde, daß Ihr das schwierige Thema gut aufgearbeitet habt; die Arbeit des Nachbarschaftsheim (einschließlich der von „ZDL Alexander“) wird sehr zutreffend geschildert. Deine Reportage vermittelt einen umfassenden Blick auf unsere spezifische Situation und ist vor allem deshalb ein guter Einstieg, weil sich zugleich sicher viele Erfahrungen des „NaBas“ auf gesamtgesellschaftliche Phänomene übertragen lassen.

Gut finde ich vor allem, daß es Euch um die Frage nach dem „Wie“ und nicht nach dem „Ob“ einer multikulturellen Gesellschaft gegangen ist. Denn „multikulturell“ ist diese Gesellschaft unbestritten. Die Frage ist aber, ob auch das Zusammenleben multi-, oder besser, interkulturell gestaltet ist oder nicht.

„Integration“ ist das Schlagwort, um das sich die Diskussion immer wieder (oft auch im Kreise) dreht. Die entscheidende Problemstellung, die sich für mich im Zivildienst und auch bei meiner (sonstigen) politischen Arbeit ergibt, hast Du auch in Deiner Reportage benannt: Wie kann „Integration“ stattfinden, ohne „Assimilation“ zu sein?

Denn bei allem durchaus fruchtbaren „Wettbewerb zwischen den Kulturen“ müssen auch (kleinste) gemeinsame Nenner gefunden werden, die ein friedliches Zusammenleben dauerhaft sichern. Auf gleichberechtigter Ebene voneinander zu lernen, sich gegenseitig zu beeinflussen, ohne dabei gleichzeitig kulturelle Identitäten zu opfern – das ist eine schwierige Gratwanderung. Es mag paradox klingen, aber wir müssen die kulturellen Grenzen akzeptieren, um sie überwinden zu können. Ob das gelingt?!

Ein entscheidender Ansatzpunkt wird vielfach übersehen: Der bisher überaus mangelhafte interreligiöse Dialog. Fundamentalistische Strömungen auf allen Seiten bringen oft nicht genügend Toleranz auf, um den anderen Glauben als „gleichberechtigt“ neben sich stehen zu lassen. Oder – das andere Extrem – es heißt:



„Laßt uns in Ruhe, dann lassen wir euch in Ruhe!“ Beide Sichtweisen verhindern den Austausch über religiöse Ähnlichkeiten und Unterschiede gleichermaßen; Vorurteile werden nicht abgebaut, sondern zementiert. Es ist daher gut, daß im Rahmen Eurer Berichterstattung auch für diesen Aspekt breiter Raum vorhanden war.

Auch bei uns im Stadtteiltreffpunkt hat sich vor kurzem in dieser Frage etwas Hoffnungsvolles getan: Zwei unserer (deutschen) BesucherInnen haben einen „Koran-Kreis“ ins Leben gerufen und wollen so einen Beitrag für mehr Verständnis zwischen Christen und Moslems leisten. Ein Imam konnte gewonnen werden, der gemeinsam mit einem wachsenden Kreis interessierter Leute aus dem Koran liest und ihn erläutert. Auch heiße Eisen wie etwa das Thema „Geschlechterrollen“ bleiben nicht außen vor und sorgen dafür, daß die Gespräche im „Koran-Kreis“ nicht zu reinen „Harmonie-Veranstaltungen“ verkommen...

Die Bemühungen um eine funktionierende multikulturelle Gesellschaft sind (auch) bei uns weiter voll im Gang...

Alles Gute wünscht

ZDL Alexander Marinos, Wuppertal

### Zivis in der Drogenhilfe

Lieber Werner,

ich bin Peter Bartelt und z. Z. Zivildienstleistender im Jugend- und Drogenberatungszentrum (Drobs) Hannover. Mein Tätigkeitsfeld erstreckt sich auf Hausmeister Tätigkeiten etc..

Bis zu diesem Zeitpunkt war die Zivildienststelle in der Drogenberatung für ZDL sehr begehrenswert und interessant. Dies dürfte sich in der Zukunft ändern, denn zu unserer/meiner Verwunderung erhielt unsere/meine Dienststelle ein Schreiben vom BAZ, aus welchem hervorgeht, daß künftige Zivildienstleistende in Einrichtungen der Drogenhilfe einen Unbedenklichkeitsnachweis auf Drogenkonsum erbringen müssen.

Diese Unbedenklichkeitsbescheinigung besteht u. a. darin, daß ein Amtsarzt

1. eine Urinkontrolle

2. eine Haarprobe

zur Analyse an ein rechtsmedizinisches Institut einreichen soll. Anhand dieser Analysen soll ein etwaiger Drogenmißbrauch festgestellt werden.

Begründet wird dies zwar mit der Fürsorgepflicht des BAZ, jedoch bin ich und auch meine Dienststelle der Meinung, daß dies ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte ist, der so nicht hingenommen werden kann.

Meiner Dienststelle würde somit auch die Kompetenz abgesprochen, der ihr auferlegten Fürsorgepflicht zu entsprechen.

Ich möchte an dieser Stelle auf den hinreichend bekannten Genuß von Alkohol und Cannabis in Kasernen der Bundeswehr verweisen...

Unter Fürsorge verstehe ich da eher Prävention und nicht Kontrolle. An einer Stellungnahme Eurerseits bin ich sehr interessiert. Ich meine, daß solch eine Anordnung, wie sie das BAZ erlassen hat, öffentlich diskutiert werden sollte.

ZDL Peter Bartelt, Hannover

### Buchpreise:

Wegen der Postverordnung können wir die Buchpreise nur hier veröffentlichen:

„Der Erde eine Stimme geben“:	DM 10,80
„Märchen der nordamerik. Indianer“:	DM 12,80
„Häuptling Büffelkind Langspeer“:	DM 18,80
„Nordamerik. Indianer“/Fotoband:	DM 38,-
„Indianerland“:	DM 19,80
„Amerikas indian. Seele“: z. Z. DM 16,- (statt 44,-)	
„Indianische Kunst im 20. Jh.“:	DM 118,-
„Indianer Kochbuch“:	DM 27,80
„Kriegsdienstverweigerung“	DM 8,-
„Sag! Nein“	Probex. kostenlos
„Brennpunkt Europa“	DM 8,-
„Handbuch“	DM 9,80
„Konversion“	DM 6,-

### Post aus Rußland

Sehr geehrter Herr Schätz!  
Mein Name ist Alexander. Ich lebe im Rußland, aber trotzdem ich hoffe, daß Sie meinen Brief beachten werden. Es gefällt mir Kreuzworträtsel zu lösen. Vor kurzem erhaltete ich zufällig das WUB Heft No. 2 und versuchte, das Rätsel zu lösen. Meine Antwort ist beigelegt. Ich hoffe aufs Glück!

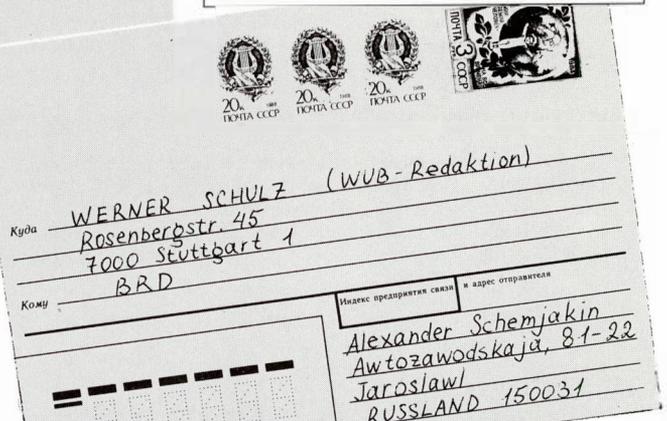
Ihr  
Alexander

28.06.92

Die Stadt Jaroslawl.

Anm. d. Red.:

Die Lösung des Rätsels war richtig.



# RÜSTZEITEN / WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfadens E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

## BADEN

- 21.09.–25.09.1992 Oppenau/Schwarzwald: „Rhythmus und Klang“  
1.11.– 8.11.1992 Chantilly/Frankreich: „Begegnung mit französischen KDVern“. Franz. Sprachkenntnisse erwünscht. Teilnehmerbeitrag DM 150,-  
9.11.–13.11.1992 Neckarzimmern/Odenwald: „Zivis – die `anderen´ Männer?“  
**Anmeldeformulare:** Beauftragte für KDV und ZDL, Kurt Kern und Theodor Ziegler, Vorholzstr. 7, 7500 Karlsruhe 1. Tel. 07 21/168333

## BAYERN

- 5.10.– 9.10.1992 Königsdorf: „Begegnung mit dem Leibhaftigen“ Pantomime und Körpertheater  
5.10.– 9.10.1992 Pappenheim: „Friedlich werken – wirken für den Frieden“  
23.11.–27.11.1992 Neukirchen-Lautertal: „Gewaltfrei – aber nicht wehrlos“ Einführung in die gewaltfreie Aktion  
30.11.– 4.12.1992 Schwanberg: „Adventsmeditation“  
7.12.–11.12.1992 Schwanberg: „Meditation im Alltag vor dem Fest“  
**Anmeldeformulare:** Beauftragter für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, Tel. 09 11/43 04-238

Das Themenangebot der Rüstzeiten ist vielseitig – z. B. Pantomime. – Foto: A. Emmerling



## BRAUNSCHWEIG

- 20.09.–30.09.1992 Polen/Stutthof: Rüstzeit in Zusammenarbeit mit Aktion Sühnezeichen – 5 Tage Stutthof, anschließend Station in Danzig und Warschau  
Kosten: ca. DM 300,-  
**Auskünfte und Anmeldung:** Zentrale Beratungsstelle für KDV und ZDL, Am Fallersleber Tore 9, 3300 Braunschweig, Tel. 05 31/4 2539

## HANNOVER

- 28.09.– 2.10.1992 Bentierode: „Selbstportrait“ – Kreativ-Rüstzeit (Töpferei, malen, fotografieren)  
12.10.–16.10.1992 Spiekeroog: „Ökologie“  
7.12.–11.12.1992 Obernkirchen: „Verschwendung gegen Mission“ – 500 Jahre Kolonialisierung Lateinamerikas  
**Anmeldeformulare:** Beauftragter der ev. luth. Landeskirche Hannover für KDV und ZDL im Amt für Gemeindedienst, Pastor Günther Reinboth, Archivstr. 3, 3000 Hannover 1, Tel. 05 11/1241-468

## KURHESSEN-WALDECK

- 14.09.–18.09.1992 Elbenberg: „Umgang mit Kranken und Sterbenden“  
19.10.–23.10.1992 Burg Hessenstein: „Es knistert, es kriselt...“ (Wie gehe ich mit Konflikten um?)  
9.11.–13.11.1992 Eisenach: „Entdecken in Thüringen“  
30.11.– 4.12.1992 Bad Hersfeld: „Hoffnungen und Träume“ Rüstzeit im Advent  
**Anmeldeformulare:** Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Lessingstraße 13, 3500 Kassel, Tel. 0561/107882

## NORDELBNIEN

- 14.09.–18.09.1992 „Europäische Gemeinschaft – das neue Paradies?“  
21.09.–25.09.1992 „Nordfriesisches Wattenmeer“ (nur noch wenige Plätze)  
19.10.–23.10.1992 „Rüstungskonversion – unmöglich?“  
26.10.–30.10.1992 „Soziale Verteidigung“  
9.11.–13.11.1992 „Mit Sterben und Tod umgehen“  
23.11.–27.11.1992 „Bald nun ist Weihnachtszeit – Zwischen Meditation und Marketing“  
**Anmeldeformulare:** Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/25 88 81 und 250 8990

## PFALZ

- 12.10.–16.10.1992 Berlin: „Spurensuche gegen das Vergessen“  
7.12.–11.12.1992 Bad Dürkheim: „Dietrich Bonhoeffer – ein Theologe und die Zeit des Dritten Reiches“  
**Anmeldeformulare:** Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 6720 Speyer, Tel. 06232/78238

## RHEINLAND

- 21.09.–25.09.1992 Solingen: „Meditation als Lebenshilfe“  
19.10.–24.10.1992 Oranienburg: „Eine Woche im Paradies“  
9.11.–13.11.1992 Solingen: „Meditation als Lebenshilfe“  
30.11.– 4.12.1992 Radevormwald: „Ist irren menschlich?“  
**Anmeldeformulare:** Beauftragter für Zivildienstseelsorge, Pfarrer Helmut Schlüter, Barbarossa-platz 4, 5000 Köln 1. Tel. 02 21/244696

## SACHSEN

- 14.12.–18.12.1992 Rosenthal (Sächs. Schweiz) „Fremd sein – Freund sein?“  
**Anmeldeformulare:** Christoph Wohlgenuth, Wolfgrunder Weg 2, O-9201 Voigtsdorf

## THÜRINGEN

- 5.09.– 9.10.1992 Bischofrod/Thüringen: „... Unser täglich Brot gib uns heute... unsern täglich Müll vermeide...“ Ökologie und unsere Verantwortung im Umgang mit den Ressourcen unserer Welt.  
9.11.–13.11.1992 Neulandhaus/Eisenach: „Zivildienst, ein Schritt zum Frieden?“  
14.12.–18.12.1992 „Advent? Wer soll da schon kommen?“ Ein Angebot für Zivis und deren Partnerinnen.  
**Anmeldeformulare:** Beauftragter für KDV, Landesjugenpfarramt, Barfüßerstr. 22, O-5900 Eisenach

## WESTFALEN

- 12.10.–16.10.1992 Melle bei Osnabrück: „Theater“  
19.10.–23.10.1992 Bielefeld: „Flucht und Asyl“, Hintergründe und Situation von Asylsuchenden in der BRD  
26.10.–30.10.1992 Haus Villigst, Schwerte: „Neonazis – unter uns“  
2.11.– 6.11.1992 Haus Villigst, Schwerte: „Reicher Norden – armer Süden?“  
9.11.–13.11.1992 Preuß. Oldendorf bei Minden: „Zusammenleben ist...“ Schön wäre es, wenn Freundinnen, Freunde, Ehefrauen und Kinder zu dieser Rüstzeit mitkämen.  
23.11.–27.11.1992 Nordwalde bei Münster: „Aikido und soziale Verteidigung“ Alternativen zur Gewalt  
30.11.– 4.12.1992 Bosenhoz bei Paderborn: „Mime und Improvisationstheater“  
7.12.–11.12.1992 Haus Villigst, Schwerte: „Vertrauensleute“  
14.12.–18.12.1992 Bielefeld: „Israel und Palästina“  
**Anmeldeformulare:** Amt für KDV und ZDL, Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5, Tel. 02304/755-230

## WÜRTTEMBERG

- 26.10.–30.10.1992 Murrhardt bei Backnang: „Einfacher leben“ Rüstzeit auf dem Bioland-Hof  
12.10.–16.10.1992 Freudental bei Bietigheim: „Spurensuche im Landkreis Ludwigsburg“ mit Rädern  
2.11.– 6.11.1992 Gschwend/Rappenhof: „Gewaltfreier Widerstand“  
23.11.–27.11.1992 Tübingen bei Balingen: „Jugendarbeit in Brennpunkten“  
**Anmeldeformulare:** Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/6368149

## Christus zerbricht das Gewehr

Der Holzschnitt „Christus zerbricht das Gewehr“ von Otto Pankok entstand 1950 in der sogenannten Nachkriegszeit. Unter dem Eindruck der Folgen des 2. Weltkrieges und der schon wieder beginnenden Verhärtung im „Kalten“ Krieg zwischen West und Ost hat

Pankok ein Bild von leider bleibender Aktualität geschaffen. 1992, in den blutigen Kriegswirren im ehemaligen Jugoslawien und angesichts zahlreicher „verdeckter“ Gewaltherde in aller Welt, ist die Botschaft dieses Bildes unvermindert aktuell. Pankoks Christus ist mittlerweile zu einer Art Ikone biblisch begründeter Gewaltfreiheit geworden, die sich mahnd über Kriegen und gewalttätigen Konflikten der Gegenwart erhebt. Sie erinnert Menschen daran, dem tödlichen Kreislauf von Gewalt und Gegen Gewalt zu entsagen.

Zunächst mutet die Botschaft des Bildes eher befremdlich an. Ein sanftmütiger Jesustyp setzt den Mechanismus des Tötens außer Kraft. Aber genau das erweist sich beim genaueren Hinsehen und tieferen Erfassen des Bildes als eine ungemein starke Aussage: Die ungewöhnliche Verbindung des frommen Motivs mit einer ebenso politischen wie politisch folgenreichen Aktion. Ikonografisch verweist uns der Strahlenkranz, der von der Jesus-Gestalt nach allen Seiten ausgeht, eindeutig auf den Auferstandenen als dem Sieger über Sünde und Tod. Doch während dieser Auferstandene in der klassischen christlichen Kunst stets als jemand erscheint, der seine Jünger mit den Worten „Frieden sei mit Euch!“ begrüßt und ihnen dann seine Wundmale zeigt, auf daß sie glauben, wählt der Christus von Pankok eine andere Demonstration seiner österlichen Anwesenheit: Er tut etwas Ungewöhnliches, Umstürzlerisches, etwas ganz Neues. Er zerbricht das Gewehr als Symbol der Gewalt, die Menschen einander antun.

Bestand die Botschaft der offenen Wunden Jesu im Erweis der Identität von Gekreuzigtem und Auferstandenen, so liegt die Botschaft dieses Christus darin, daß er eine radikal neue, österliche Praxis vorführt und für alle, die ihm folgen wollen, gleichsam einübt. Aus der von den Tätern zugefügten Gewalt wird die Absage des Opfers an eben diese Gewalt. Pankok ver-

steht den Frieden des Auferstandenen nicht nur als Geschenk, das zugesprochen wird. Er interpretiert dieses Geschenk als Beginn einer neuen Wirklichkeit, die es erlaubt, ja zumutet, gewaltfrei zu leben und zu handeln.

Eine große innere Ruhe geht von dem Bild dieses Christus aus, eine tiefe Zuversicht, daß die Aktion des Gewehr-Zerbrechens Zukunft und Perspektive haben wird. Als so Handelnder geht dieser Christus den Jüngern „voraus nach Galiläa“, und dort werden sie ihn finden (vgl. Mk 16,7). Wir gewinnen vor diesem Bild ein neues Verständnis für die alten Osterworte, daß Christus als Auferstandener die Bande des To-

des zerbrach. Die mit diesem Motiv verbundene Glaubensfrage lautet, ob wir der Zumutung der Gewaltfreiheit trauen und bereit sind, ihrer Verheißung zu folgen – oder ob wir es halten mit den wiedererstandenen Propheten militärischer Gewaltanwendung, die uns ihre alte Logik als neue politische Notwendigkeit verkaufen wollen. Die ruhige, sanftmütige und gerade darin ungemein widerständige Gestalt des Christus, der das Gewehr zerbricht, kann ein Zeichen der Hoffnung gegen diese neue, leichtfertige Gewöhnung an Gewalt sein.



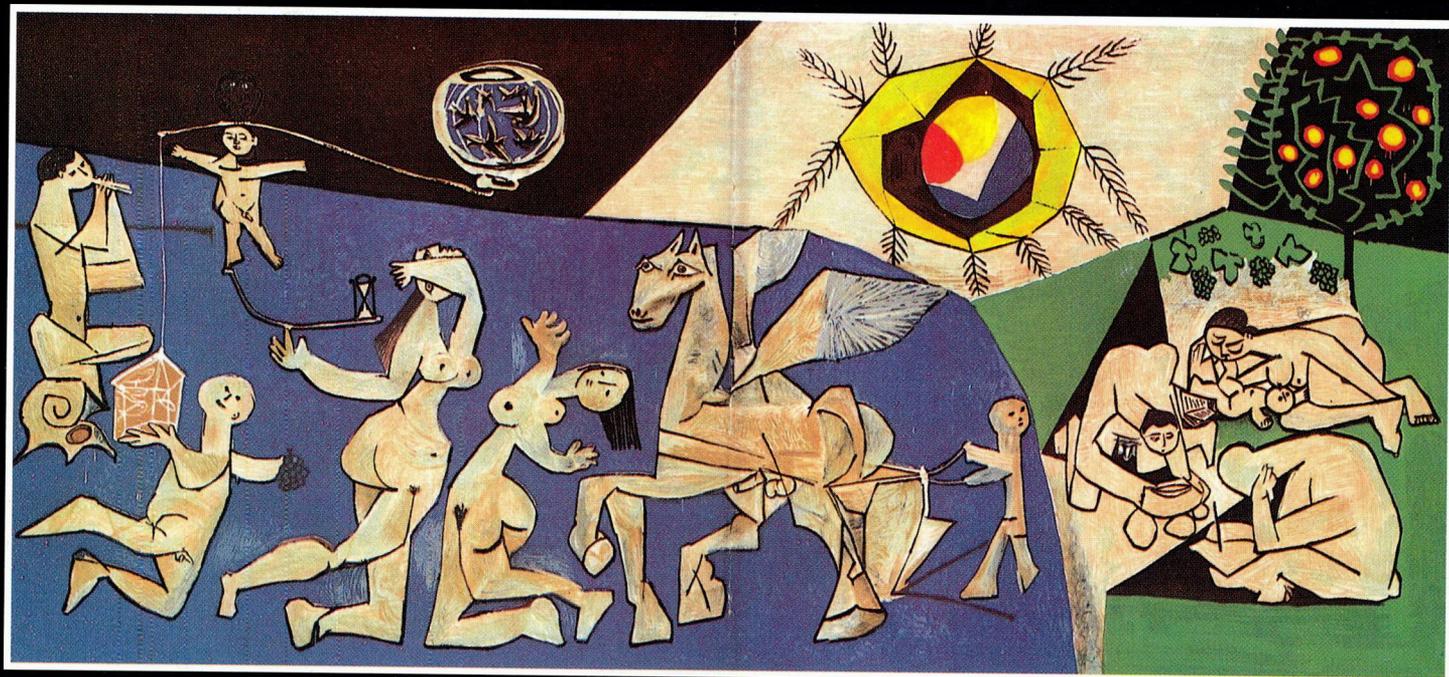
„Christus zerbricht das Gewehr“, Holzschnitt von Otto Pankok. Das Motiv ist als Postkarte und Poster erhältlich bei: Pox Christi, Windmühlstr. 2, 6000 Frankfurt 1. Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Frau Eva Pankok.

wub

was uns betrifft

ART

## Pablo Picasso „Der Frieden“



Die Barbarei des Krieges ist häufig dargestellt worden – aber wie malt man Frieden? Frieden, der mehr ist als Nicht-Krieg?

Bewußt haben wir in unserer wub-Art-Galerie von Pablo Picasso eine Friedensutopie aufgenommen und nicht sein weltberühmtes Bild „Guernika“ von 1937 (Die spanische Stadt Guernika wurde von der Luftwaffe der Nazis dem Erdboden gleichgemacht. Nur wenige Wochen danach vollendete Picasso, der sich den Republikanern angeschlossen hatte, voller Abscheu, Schmerz und Trauer ein Bild über den Massenmord in dieser Stadt. „Ich hasse Guernika und alle Guernikas.“)

Das Bild „Frieden“ ist ein Teil des Gemäldes „Krieg und Frieden“ von 1952. Pablo Picasso hatte in der französischen Stadt Vallauris eine Kapelle aus dem 14. Jahrhundert als „Temple de la Paix“ (Tempel des Friedens) ausgemalt. Mit über 200 Skizzen bereitete er sich auf dieses Gemälde vor. Am Ende entstand die hier abgebildete Friedensutopie: Ein geflügelter Pegasus, das Pferd der Dichter, macht das Pflügen des Bodens kinderleicht. Arbeit ist nicht mehr Fluch, die Vertreibung aus dem Paradies ist rückgängig gemacht. Ein neues, paradiesisches Leben ist entstanden. Der Mensch ist befreit zum Flötenspielen, zur Musik, zum körperlich-sinnlichen Tanz. Aber er kann auch seine Vergänglichkeit (Sanduhr) bejahen. Picassos Bild vom Frieden hat etwas Beschwingtes, Leichtes, Luftiges an sich. Und dieser Friede macht auch vor der Natur nicht halt: Wir sehen Vögel in einem Aquarium und Fische in einem Vogelbauer. Auch die Tiere bewegen sich „verwandelt“, in einem für sie früher feindlichen Element. Mensch und Tier werden in eine neue Beziehung zueinander gebracht. In seiner Vision vom Frieden mit der Natur nähert sich Picasso einem alten biblischen Motiv messianischer Zukunft.

Zum Bild des Friedens gehört auch die Mutter, die ihrem Säugling die Brust gibt, unter dem fruchtbaren Baum und den Weinreben. Auch wenn der Marxist Picasso eher in der weltlichen Symbolik beheimatet ist, so weist der Weinstock doch auf das Symbol des Friedens im Alten Testament hin. Dort wird die Friedenszeit beschrieben als eine Zeit, in der „Einer den Anderen einladen wird unter den Weinstock und unter den Feigenbaum“ (Sach. 3, 10). Es ist eine fruchtbare Zeit, in der das Essen für alle reicht und der Mensch Zeit zum Schreiben, zum Malen, zur Muße hat. Alle haben Anteil an dem, was die Erde an nährenden Früchten zu geben hat, leben von den Ähren, die aus der Sonne wachsen.

Der weltberühmte Maler Pablo Picasso war immer auch ein politischer Maler, der in seiner Arbeit eine gesellschaftliche Aufgabe sah: „Die Malerei ist nicht dazu geschaffen, Wohnungen auszuschnürceln. Sie ist eine Waffe der Verteidigung gegen den Feind“, den Feind der Humanität. Der weltweiten Friedensbewegung hat Picasso das Symbol der Friedensstauben geschenkt. Seine Tochter, die am Tag der Eröffnung der Weltfriedenskonferenz in Paris 1947 geboren wurde, gab er den Namen Paloma, Taube. Besonders eindrücklich ist seine politische Plakatkunst gegen den Vietnamkrieg, gegen die Raketenabschußrampen in den französischen Alpen, sowie sein Wandbild gegen den Beitritt Spaniens zur NATO. Seine Graphiken und Zeichnungen, Friedensgesichter und Friedensstauben, sind immer wieder in den Veröffentlichungen der Friedensbewegung der Gegenwart zu finden.

Harald Wagner